

# Wirtschaftspolitische Positionen – Kommunaler Teil

## Inhalt

01. Stadt Bonn .....	2
02. Rhein-Sieg-Kreis .....	11
03. Alfter .....	14
04. Bad Honnef .....	15
05. Bornheim.....	16
06. Eitorf .....	17
07. Hennef .....	19
08. Königswinter .....	20
09. Lohmar.....	21
10. Meckenheim.....	22
11. Much.....	23
12. Neunkirchen-Seelscheid .....	25
13. Niederkassel .....	26
14. Rheinbach.....	27
15. Ruppichteroth.....	28
16. Sankt Augustin .....	30
17. Siegburg.....	31
18. Swisttal.....	32
19. Troisdorf.....	34
20. Wachtberg.....	36
21. Windeck .....	37

# 01. Stadt Bonn

## Verkehrsnetz resilient gestalten, Erreichbarkeit verbessern

Durch die **Zunahme des Personen- und Güterverkehrs** in Bonn bei einer gleichzeitigen Neuaufteilung des Verkehrsraums kommt es in Bonn regelmäßig zu Staus. Hierfür sorgen auch 150.000 Menschen, die täglich nach Bonn einpendeln. In Kombination mit dem **Entfall von Parkplätzen** und der langsam voranschreitenden Verbesserung des ÖPNV führt dies zu einer **schlechteren Erreichbarkeit der Bundesstadt** von außen und erschwert auch die Fahrten innerhalb der Stadt. Eingriffe ins Netz, wie der Entfall von Pkw-Spuren auf der **Adenauerallee** und die Kappung des **City-Rings**, verschlechtern die Situation zusätzlich. Umstiege auf umweltfreundlichere Alternativen werden durch fehlende Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Anlagen und ausreichende Ladeinfrastruktur noch zu wenig gefördert. Dass das letzte Verkehrskonzept, der Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 2007 stammt, zeigt, dass es in den vergangenen Jahren an einer **übergeordneten Strategie fehlte**.

Die Stadt Bonn benötigt gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis ein **übergeordnetes Verkehrskonzept**, das den Rahmen für die Entwicklung aller Mobilitätsformen in Bonn und dem umliegenden Kreis definiert. So sollten Netz- und Verkehrsinfrastruktur für die verschiedenen Verkehrsmittel integriert betrachtet und ausgebaut werden. Wichtiger Bestandteil ist dabei die Festlegung von **Haupttrouten für ALLE Verkehrsmittel**, die dementsprechend ausgebaut werden. Dies führt zu einer **Erhöhung der Netzresilienz**, die hinsichtlich der zu erwartenden Baumaßnahmen dringend notwendig ist. Dabei darf es nicht zu einer unverhältnismäßigen Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs kommen, der für viele Unternehmen essenziell und nicht verlagerbar ist. Stattdessen sollten **umweltfreundlichere Antriebstechnologien** gefördert und deren **Ladeinfrastruktur** ausgebaut werden. Für Pendler sollten außerdem Umstiegspunkte in Form von Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Anlagen oder **Mobilstationen im Umland** geschaffen werden. Eingriffe in den vorhandenen Parkraum haben den Parkdruck erhöht, wovon auch Wirtschaftsverkehr, die laden, liefern und Kundentermine haben, betroffen sind. Die **Wirtschaftsparkplätze** sind ein wichtiger Schritt, um Abhilfe zu schaffen, aktuell jedoch noch rar gesät.

Mobilstationen allein reichen jedoch nicht aus, um die Pendler zum Umstieg vom Pkw auf Bus und Bahn zu überzeugen. Der **ÖPNV muss insgesamt attraktiver werden**. Dazu gehören neben einer notwendigen **Zuverlässigkeit** und **angemessenen Preisen** ebenso sichere und **saubere Bahnhöfe** und Haltepunkte. Weitere Einschränkungen bei der Bonner Anbindung an den **Schienenfernverkehr** sind nicht hinnehmbar und stehen einer Verkehrswende entgegen. Ein wichtiges Projekt sind der Neubau des **Zentralen Omnibusbahnhofs** und die Aufwertung des Bahnhofsumfelds. Ebenso sollten die Ausbaumaßnahmen priorisiert angegangen werden, sodass Maßnahmen, wie die **Seilbahn**, Verlängerung der Stadtbahn bis Buschdorf oder die **Westbahn**, auch voranschreiten.

Baumaßnahmen an Verkehrswegen sollten im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das gesamte Verkehrsnetz geplant und so aufeinander abgestimmt werden, dass die negativen **Auswirkungen auf den Verkehr so gering wie möglich gehalten** werden. Dazu gehören auch eine frühzeitige Kommunikation der Baumaßnahmen inklusive einer ausreichenden Beschilderung und Ausweisung von Umleitungen. Projekte, wie der zeitnahe Neubau des **Tausendfüßlers**, eine Sanierung der **Reuterbrücke** oder der **Ersatzneubau des Endenicher Eis**, werden den regionalen Verkehr ansonsten vor noch größere Herausforderungen stellen.

Der Radverkehr wurde in den letzten Jahren massiv gestärkt, wovon auch Pendler und Unternehmen profitiert haben. Dennoch bleiben ein weiterer Ausbau von **sicheren Abstellanlagen**, die **Priorisierung bei der Umsetzung von durchgehenden Fahrradrouten**

sowie eine **vierte Rheinbrücke** für den Fuß- und Radverkehr, wie auch **fahrradsichere Kreuzungen**, notwendig.

## **Immobilien und Gewerbeflächen - Nachverdichtung vereinfachen und beschleunigen**

In der Stadt Bonn fehlen zahlreiche Wohnungen, es herrscht ein angespannter Wohnungsmarkt. Problematisch ist dies insbesondere, da für Bonn bis 2050 mit einem Bevölkerungswachstum von 8,8 Prozent die höchste Zunahme NRW-weit prognostiziert wird. Die Situation droht, sich durch die zukünftig 360.000 Einwohner zu verschärfen. Die Neubauaktivität ist hingegen aufgrund der Baukostensteigerungen und der hohen Zinslast sowie auch aufgrund verschärfter Auflagen und sich stetig verändernder Förderkulissen gehemmt und reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Für Fachkräfte wird durch fehlende bezahlbare Wohnungen der Zuzug zu einer Hürde. Gleichzeitig nimmt die Flächenkonkurrenz zu, die auch eine Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbebetrieben erschwert. Die Gewerbeflächenreserve beträgt nur noch knapp 29 Hektar. Konkrete Bau-, Erweiterungs- und Modernisierungsvorhaben werden zudem durch komplexe und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst. Zusätzlich ergeben sich häufig durch eine heranrückende Wohnbebauung Einschränkungen im Betrieb von Unternehmen.

Bebauungspläne sollten aktualisiert und damit an aktuelle Bedarfe angepasst werden. Dies beinhaltet die Ausweisung zusätzlicher Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen gemäß Regionalplan. Dabei sollte auch die Infrastruktur berücksichtigt werden, unter anderem die verkehrliche Erreichbarkeit, das Stromnetz sowie der Breitband-Internetzugang. Die Stadt Bonn legt zunehmend Wert auf nachhaltige Gewerbeflächen, die einerseits einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten, andererseits jedoch auch eine Hürde für die Ansiedlung von Betrieben sein können. In nachhaltigen Gewerbe- und Industriegebieten sollten deshalb keine zu hohen Ansiedlungskriterien festgelegt werden, damit Unternehmen unterschiedlicher Branchen, auch die energieintensive Industrie, die Chance haben, sich dort anzusiedeln. Darüber hinaus sollte das Nachverdichtungspotenzial gemäß der aktuellen Gesetzeslage ausgeschöpft werden. Möglichkeiten der Kooperation mit Nachbarkommunen sollten geprüft und wenn möglich angegangen werden, zum Beispiel im Hinblick auf interkommunale Gewerbegebiete.

Bau-, Erweiterungs- oder Modernisierungsvorhaben sollten insgesamt entbürokratisiert und dadurch beschleunigt werden. Neben der Anwendung von Verfahrenserleichterungen sollte auch die Bearbeitungsdauer von Genehmigungen im Blick behalten und wenn möglich reduziert werden. Die Beschleunigung von Bauvorhaben ist besonders wichtig im Hinblick auf eine Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft. Erleichterungen oder Verkürzungen von Verfahrensregeln sollten verstärkt angewendet werden, zum Beispiel durch Maßnahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes. Hierdurch ist eine Nachverdichtung von Wohnungen schneller möglich, dennoch sollten auch weitere vorhandene Flächen dem Markt zugeführt werden. Letztlich kann nur so neuer bezahlbarer Wohnraum entstehen, von dem auch zugezogene Fachkräfte profitieren. Darüber hinaus sollte die Stadt Bonn regelmäßig die Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeimmobilien erfassen, um frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen und zu priorisieren. Die angestrebte Entwicklung des „Gewerbeparks Pützchen“ wird begrüßt, weitere Flächen sollten auch gemeinsam mit den Umlandkommunen interkommunal entwickelt werden.

Der Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden sollte aufgelöst, Immobilien frühzeitig saniert und ungenutzte Flächen schnellstmöglich einer Nutzung zugeführt werden. Dies gilt beispielsweise für die Nachnutzung des ehemaligen Landesbehördenhauses.

## **Innenstadt erreichbar und attraktiv halten**

In der Bonner City hat sich in den vergangenen Jahren einiges verändert, oft jedoch nicht zum Guten. Während sich die reinen Passantenfrequenzen wieder von dem Corona-Tief erholt haben, nehmen viele Händler einen Rückgang der Kundenfrequenz wahr. Dies hat neben weiteren Faktoren, wie der umständlicheren Erreichbarkeit mit dem Pkw oder dem in Teilen als unsauber wahrgenommen Stadtbild, zum einen die Anzahl inhabergeführter Einzelhandelsbetriebe weiter reduziert, zum anderen die Leerstandsquote stark erhöht. Auch beim Viktoriakarree jährt sich der Stillstand 2025 zum zehnten Mal, einzig die Universität setzt ihre Pläne auf dem dortigen Areal weiter um.

Bundesweit gibt es viele Herausforderungen für den Handel, daher sollte die Stadt die lokalen Standortfaktoren, wie leichte Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln, attraktive Veranstaltungen, um Menschen in die Innenstadt zu holen, oder auch eine sichere und saubere City im Blick haben und Verbesserungen anstreben. Für eine attraktive Innenstadt muss vor allem die Erreichbarkeit für alle Kundenkreise und Verkehrsmittel gewährleistet sein. Für die Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit müssen bonnorange und Ordnungsamt das entwickelte Konzept umsetzen. Im Viktoriakarree muss der Stillstand ein Ende haben, und es muss gemeinsam mit Investoren und Anwohnern eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden. Das Zielbild der multifunktionalen Stadt sollte weiterverfolgt werden, dabei muss dem Handel weiterhin die tragende Rolle des Innenstadtbesuchs zukommen. Hierzu sind neue Angebots- und Vertriebskonzepte, wie beispielsweise Automatenkioske, zu unterstützen. Ebenso sollten die Ansätze des Zentrenmanagements und Stadtmarketings verstetigt und weiter ausgebaut werden. Dies darf aber keine alleinige Aufgabe der Kommune sein. Händler, Gewerbetreibende und Eigentümer aus der City, die dies bereits ehrenamtlich machen, sollten integriert werden.

## **FACHKRÄFTE & BILDUNG**

### **Wohnraum für Arbeitskräfte und Auszubildende**

Bevölkerungswachstum und geringe Investitionen in neuen Wohnraum führten in den vergangenen Jahren zu steigenden Mieten. Viele Arbeitskräfte und Auszubildende finden aktuell keinen passenden Wohnraum oder sind durch die hohen Mieten stark belastet.

- Die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau müssen verbessert, Vorschriften reduziert und Genehmigungen beschleunigt werden.
- Im sozialen Wohnungsbau sollten auch Auszubildendenwohnheime mitgedacht werden. Hier muss auch im Rahmen möglicher Public-Private-Partnerships mit der Wirtschaft verhandelt werden. Die Bereitstellung entsprechender Grundstücke könnte private Investoren anlocken.
- Für eine gesunde Stadtgesellschaft, die Arbeit und inklusives Miteinander verbinden muss, sollten Wohnkonzepte mit Mehrgenerationenkonzepten zu den zukünftigen Standartelementen gehören.

### **Ausbau der Ganztagsbetreuung**

Gerade in schwierigen und unsicheren Zeiten ist es im sozialen Bereich von großer Bedeutung, den Menschen vielfältige Unterstützung, Förderung und Beratung zukommen zu lassen. Träger mit ihren vielfältigen (Beratungs-)Angeboten für Familien oder geflüchtete Personen werden finanziell unterstützt. Obwohl in den vergangenen Jahren ein umfangreicher Ausbau der Betreuungsplätze stattgefunden hat, müssen nach wie vor weitere Plätze in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege geschaffen werden, um der Nachfrage gerecht zu

werden und ein bedarfsgerechtes Angebot vorhalten zu können. Trotz einer bereits hohen Betreuungsquote sollten 300 zusätzliche Plätze pro Jahr im Offenen Ganztage an den Grundschulen geschaffen werden, um gut auf die Pläne der Landesregierung für einen Rechtsanspruch vorbereitet zu sein.

- Regelmäßig sollten die Vergaben an die Träger und die Kosten der Dienstleistungen im Betreuungsbereich der Kinder und Jugendlichen überprüft werden. Es sollte ein Benchmarking mit anderen Städten transparent aufgebaut werden (offener Ganztage, Schulbegleiter etc.)
- Die Ausbildungsquoten in diesen Bereichen sollten erhöht werden, um in Zukunft über die benötigten Fachkräfte zu verfügen.

### **Jugendberufsagentur schaffen und finanzieren**

Eine Jugendberufsagentur schafft:

\* komplexe Übergänge: Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für viele Jugendliche eine Zeit der Unsicherheit und Herausforderungen. Es gilt, sich in einem komplexen System von Ausbildungsmöglichkeiten, Studiengängen und Berufsbildern zurechtzufinden. Eine Jugendberufsagentur bietet hier eine zentrale Anlaufstelle, die Orientierung und Unterstützung bietet.

\* individuelle Beratung: Jeder junge Mensch ist einzigartig und hat unterschiedliche Stärken, Schwächen und Interessen. Eine Jugendberufsagentur ermöglicht eine individuelle Beratung, die auf die persönlichen Bedürfnisse und Ziele jedes Einzelnen eingeht.

\* Netzwerkpartnerschaften: Eine Jugendberufsagentur fungiert als Schnittstelle zwischen Schulen, Betrieben, Arbeitsagenturen und anderen relevanten Akteuren. Durch die Vernetzung dieser Partner können Synergieeffekte genutzt und Übergänge reibungsloser gestaltet werden.

\* Prävention von Jugendarbeitslosigkeit: Eine frühzeitige und umfassende Berufsberatung durch eine Jugendberufsagentur kann dazu beitragen, Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen. Indem junge Menschen frühzeitig über ihre Möglichkeiten informiert und unterstützt werden, können sie besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

\* Fachkräftesicherung: Bonn braucht gut ausgebildete Fachkräfte, um auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Eine Jugendberufsagentur kann dazu beitragen, junge Menschen für bestimmte Berufe zu begeistern und sie bei der Entwicklung der dafür notwendigen Fähigkeiten zu unterstützen.

Die Stadt muss die Hauptverantwortung für die Finanzierung der Jugendberufsagentur übernehmen und die anteiligen Kosten auf die Arbeitsagentur und das Jobcenter Bonn umlegen. Dies ermöglicht eine enge Anbindung an die kommunalen Strukturen und Bedürfnisse in der Bundesstadt.

### **Marode Infrastruktur in Schulen**

Außer den mehr als 70 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt in Schulbaumaßnahmen investiert werden, setzt die Stadt aus eigenen Mitteln – also über Landeszuweisungen und Beiträge hinaus – durchschnittlich 43 Millionen Euro jährlich als Schulträgerin für den Betrieb der Schulen und die Beförderung der Schülerinnen und Schüler ein. Die Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung sowie der Integrationsassistenz, also die Begleitung von Schülerinnen

und Schülern mit körperlicher, geistiger und/oder seelischer Behinderung in ihrem Schulalltag sind ein weiterer großer Ausgabenbereich. Aber auch für Einrichtungen der Jugendarbeit werden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, davon rund 5,3 Millionen Euro für Einrichtungen in freier Trägerschaft, um die Arbeit der freien Träger abzusichern. Dieser positive Ansatz geht aber- bei 1 Milliarde Euro Investitionsstau- nicht weit genug.

- Verabschiedung einer verbindlichen Prioritätenliste der Bauprojekte und Maßnahmen. Der Schwerpunkt soll auf der Sanierung der Schulen liegen.

## **Energie und Wärmeplanung**

Nach dem Abschluss der ersten Kommunalen Wärmeplanung im Jahr 2025 startet die Bundesstadt Bonn in die stadtweite, strategische Umsetzung der Wärmewende. Es sind dazu zahlreiche Maßnahmen geplant, etwa die Entwicklung einer Fernwärmenetzausbaustrategie. Parallel dazu werden weitere Aspekte der Energiewende die Energie-Infrastruktur Bonns stark verändern, zum Beispiel der Ausbau der Strom-Verteilnetze oder der Anschluss Bonns an das Wasserstoff-Kernnetz. In den kommenden Jahren steht die Stadt also vor der gewaltigen Herausforderung, Schritt zu halten mit dem Tempo der Energiewende und gleichzeitig Unternehmen eine sichere wie preiswerte Energieversorgung zu garantieren.

### **Planungssicherheit zügig herstellen & Kosten gering halten**

Die kommunale Wärmeplanung sollte wirtschaftlich und technisch tragfähige Lösungen bieten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Fernwärme als Alternative zu anderen Technologien der Wärmeversorgung muss transparent und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Die Stadt kann die Energiewende beschleunigen, indem sie Verwaltungsprozesse digitalisiert und gezielt Personal in Schlüsselbereichen, wie Bauämtern und Umweltabteilungen, aufstockt. Digitale Antragsverfahren verkürzen Genehmigungszeiten und erleichtern Unternehmen den Zugang. Zudem sind Personal-Schulungen und eine intrakommunale Zusammenarbeit essenziell, um technisches und regulatorisches Know-how aktuell zu halten und Engpässe und Hürden in Verwaltungshandeln zu erkennen und effizient abzubauen.

Im „Smart City Index 2024“ des Branchenverbandes Bitkom e. V. belegt Bonn im nationalen Städtevergleich Platz 31 und weist unter anderem im Bereich Energie/Umwelt Verbesserungspotenzial auf. Insbesondere die Implementierung intelligenter Straßenbeleuchtungen (Einsatz von Smart Poles, adaptiver Beleuchtung und Photovoltaik-Straßenlaternen) und Energielösungen (Anteil des aus Solarenergie erzeugten Stroms, umweltfreundliche Wärmeerzeugung und Smart-Meter-Flächen-Roll-out) gehören zu den steigerungsfähigen Segmenten.

Der bevorstehende, umfangreiche Netzausbau in Bonn erfordert ein effizientes Baustellenmanagement, um die Einschränkungen etwa im Straßenverkehr möglichst gering zu halten. Dafür ist eine frühzeitige Koordination aller Beteiligten an Infrastruktur-Tiefbauarbeiten erforderlich, beispielsweise durch eine zentrale Stelle der Baustellenkoordination und ein transparentes Informationssystem (zum Beispiel über aktuelle und geplante Baustellen im öffentlichen Raum).

# Digitalisierung

## Geplante Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz beschließen

Bonn ist ein bedeutender nationaler und internationaler Standort für Cybersicherheit. Das vorhandene institutionelle und wissenschaftliche Umfeld (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesnetzagentur, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Hochschule Bonn/Rhein-Sieg, Institute der Fraunhofer-Gesellschaft) bietet ideale Grundvoraussetzungen für eine Vorreiterrolle des Standorts Bonn. Zusätzlich konzentrieren sich thematische Netzwerke, wie der Digital Hub Region Bonn und das Cyber Security Cluster Bonn, auf Austausch, Wissensvermittlung und Unternehmensgründung im Bereich Cybersicherheit.

Der zukünftige Ausbau dieser Branche ist ein wichtiges Ziel der geplanten Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz. Daher ist es im Interesse der Wirtschaft, der Bundesstadt Bonn und der ganzen Region, dass die Zusatzvereinbarung zeitnah beschlossen wird.

## Verwaltung digitalisieren

Laut „Smart City Index 2024“ des Bitkom e. V. belegt Bonn im bundesweiten Städtevergleich nur Platz 31. Die größten Verbesserungspotenziale weisen hierbei die Bereiche Verwaltung und Gesellschaft/Bildung auf.

Zur Reduzierung des Aufwands bei der Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch die Wirtschaft sollte eine konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erfolgen. Entbürokratisierung ist elementar für die Bindung bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region. Darüber hinaus gehört die Stärkung der Digitalkompetenz der Gesellschaft insgesamt ebenfalls zu den wichtigsten Herausforderungen.

## Glasfaser ausbauen

Für die kreisfreie Stadt Bonn wird im Gigabitatlas des Bundes eine Glasfaserquote von 12,8 Prozent für Direktanschlüsse am Gebäude (Fiber to the Home/Fiber to the Building (FTTH/FTTB)) angegeben. Die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien wird bei einer Anschlussgeschwindigkeit größer 1.000 Mbit/s mit 93,6 Prozent, bei über 100 Mbit/s mit 98,3 Prozent und bei mehr als 30 Mbit/s sogar mit 98,7 Prozent angegeben. Für den Glasfaserausbau in Bonn hat die Stadt Anfang 2023 eine Vereinbarung mit der Westconnect GmbH getroffen. Die Westconnect GmbH beabsichtigt demnach, größere Teile des Stadtgebiets eigenwirtschaftlich mit Glasfaser zu versorgen. Mit dem Vorhaben sollen laut Stadt rund 30.000 Adresspunkte mit insgesamt rund 106.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten bis Ende 2025 mit einer schnellen Glasfaseranbindung von mindestens einem Gigabit erschlossen werden. Das entspricht ungefähr 60 Prozent aller Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten.

Glasfaser gilt als gegenwärtig und zukünftig führende Technologie im Bereich Breitband. Daher sollten sowohl der eigenwirtschaftliche als auch der geförderte Ausbau weiter vorangetrieben werden. Die bereits vorhandenen Anschlüsse bis zum Gehweg (Fiber to the Curb (FTTC)) können genutzt werden, um das Anschlussziel von 100 Prozent der Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten zu erreichen.\* FTTC-Anschlüsse mit über 100 Mbit/s sind laut Gigabitatlas bereits zu 86 Prozent vorhanden.

## Tourismus- und Kongressmarketing neu aufstellen und weiter professionalisieren

Die Stadt Bonn hat sich in touristischer Hinsicht, genau wie der Rhein-Sieg-Kreis, noch nicht vollständig von den Corona-Auswirkungen erholt. Die Übernachtungszahlen liegen immer noch unter denjenigen vor der Pandemie, während andere Regionen in NRW diese sogar schon wieder übertreffen. Gleichzeitig wird das Gastgewerbe durch die Ausweitung der Beherbergungssteuer und die Forderung nach einer Einführung einer Verpackungssteuer weiter belastet. Auf den Erfolgen des Beethovenjubiläumsjahres 2020 wurde nicht genügend aufgebaut, Bonn hat weiterhin keine klare touristische Marke.

Das touristische Leitbild für Bonn sollte der Ausgangspunkt für eine klare Vermarktungsstrategie und Ausrichtung sein. Kerninhalte dieses Leitbildes sind bereits in die Neuausrichtung der Tourismus & Congress GmbH eingeflossen. Für die Weiterentwicklung des Marketings sollten weitere finanzielle Mittel aufgewendet werden. Kongressmarketing und -vertrieb sind ausbaufähig. Eine Zusammenlegung mit weiteren touristischen Vermarktungsorganisationen innerhalb der Stadt sollte angestrebt werden, sodass EIN Hauptansprechpartner für Gäste, Touristiker und Kongressveranstalter entsteht. Belastungen wie die Beherbergungssteuer sollten abgeschafft werden, eine Verpackungssteuer gar nicht erst eingeführt werden. Bei der Planung der Feierlichkeiten für das Beethovenjubiläum 2027 sollte auf die geschaffene Marke zurückgegriffen werden, sodass auf dem bereits geschaffenen Bekanntheitsgrad aufgebaut werden kann.

## Nachhaltigkeit: Mehr Realismus notwendig

Die Stadt Bonn hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Die Wirtschaft hat einen Anteil von etwa sechs Prozent am Treibhausgasausstoß in der Stadt und müsste diesen bis auf null Prozent reduzieren. Laut einer aktuellen Umfrage ist Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 nur für etwa die Hälfte der Unternehmen vorstellbar. Besonders energieintensive Unternehmen stehen bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Hohe Energiepreise und bürokratische Anforderungen, wie Berichtspflichten, schrecken insbesondere Industrieunternehmen ab.

Der Nachhaltigkeits-Hub, in dessen Arbeit sich die IHK als konzeptioneller Akteur einbringt, unterstützt Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Geschäftsmodelle, berät und bietet Vernetzungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Um die Stadt resilient für die Klimaveränderungen zu machen, werden beispielweise Starkregenereignisse und Hitze bei Bebauungsplänen berücksichtigt. Als Grundlage zur Klimaanpassung liegen Klimaanalysekarten der Stadt Bonn vor.

■ **Den Wirtschaftsstandort Bonn attraktiv gestalten:** Die IHK Bonn Rhein/Sieg unterstützt grundsätzlich das Ziel der Klimaneutralität. Es sollten allerdings Wege gefunden werden, die auf Klimaschutz einzahlen und gleichzeitig einer Mehrheit der Unternehmen ermöglichen, sich ohne Gefährdung der eigenen Existenz und damit des Standorts daran zu beteiligen.

■ **Realistische Ziele setzen:** Realistische und erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität sind notwendig, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Politik sollte die Belange der Wirtschaft berücksichtigen.

## **Haushaltskonsolidierung ausbauen und Hebesätze stabilisieren**

Die Haushaltslage der Stadt Bonn ist prekär. Die Stadt Bonn verfügt einerseits über steigende Einnahmen, andererseits steht sie großen Herausforderungen in den Bereichen ÖPNV, Netzausbau und Transformation gegenüber. Diese Herausforderungen sind kostspielig, eine Finanzierung ist unklar. Nachdem die Bezirksregierung gegen den Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Bedenken vorgebracht hat, sind die Konsolidierungsbemühungen verschärft worden. Dennoch sind weiter erhebliche Fehlbeträge von jährlich über 100 Millionen Euro eingeplant. Auch die Verschuldung steigt weiter an – auf mehr als vier Milliarden Euro im Jahr 2029. Dies entspricht einer Verdoppelung zwischen 2023 und 2029. Verglichen mit den übrigen kreisfreien Städten in NRW verfügt Bonn über die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung (2023).

Politik und Verwaltung sind gefordert, den gestarteten Konsolidierungsprozess konsequent weiter zu verfolgen. Die Ausgabenseite muss dabei fortlaufend in den Blick genommen werden. Es darf nicht weiter an der Steuerschraube gedreht werden, da ansonsten die Konkurrenzfähigkeit des Standorts auf dem Spiel steht. Insbesondere bei der Grundsteuer B ist die Aufkommensneutralität zu berücksichtigen, Unternehmen dürfen durch gesplittete Hebesätze nicht zusätzlich belastet werden.

## **Internationaler Standort**

Als Sitz der Vereinten Nationen mit 26 Sekretariaten sticht die Stadt am Rhein bereits mit ihrer Internationalität heraus. Zahlreiche global agierende Entwicklungsorganisationen, wie beispielsweise die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und rund 150 Nichtregierungsorganisationen, charakterisieren die Stadt. Darüber hinaus ist Bonn Sitz von 15 Generalkonsulaten und Außenstellen von Botschaften, zählt 36 Ländervereine, eine internationale Schule und internationale Kindertagesstätten. Die Universität Bonn unterhält ein eigenes Dezernat „Internationales“ als Anlaufstelle für in- und ausländische Studierende.

Mit der Städtepartnerschaft mit Oxford (Großbritannien) und städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu Budapests Stadtbezirk Budafok (Ungarn) und zur Stadt Opole (Polen) wurden tiefergehende Verbindungen ins Ausland etabliert. Die zusätzlichen Projektpartnerschaften mit Buchara (Usbekistan), Cape Coast (Ghana), Chengdu (VR China), La Paz (Bolivien), Minsk (Republik Belarus/Weißrussland) und Ulan Bator (Mongolei) erweitern die Beziehungen in die Welt nochmals deutlich. Hinzu kommt die Solidaritätspartnerschaft mit Cherson (Ukraine).

In diesem internationalen Umfeld konnte zusätzlich die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen, zum Beispiel des weltweit führenden Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und der europäischen Koordinierungsstelle für den Schutz der Wälder, die „Forest Risk Facility“, arrangiert werden.

In Hinblick auf die Wirtschaft ist hervorzuheben, dass in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis außer den bekannten, global agierenden Konzernen knapp 800 ausländische, im Handelsregister eingetragene Unternehmen und über 5.000 Kleingewerbetreibende mit internationaler Herkunft tätig sind. Ein Großteil der gewerblichen Wirtschaft unterhält Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Lieferanten in der ganzen Welt. In der Industrie werden Exportanteile von bis zu 80 Prozent realisiert.

## **Forderungen/Was zu tun ist**

- Weitere Sekretariate der UN anwerben

Bonn hat sich unter anderem mit dem UN-Klimasekretariat (UNFCCC) und dem Sekretariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) als ein globales Zentrum für Nachhaltigkeit etabliert. Zur Verwirklichung von Synergien in Bezug auf die 17 Sustainable Development Goals (SDG) der UN sollte sich die Stadt bemühen, weitere Sekretariate in Bonn anzusiedeln.

- Mehr Generalkonsulate für Bonn gewinnen  
Der Sitz von sieben Ministerien und 15 Generalkonsulaten/Botschaftsvertretungen in Bonn bietet eine sehr gute Basis, um politische Kontakte aufzunehmen, zu pflegen und Entscheidungen vorzubereiten. Mit wachsender Zahl ausländischer Vertretungen kann das Netzwerk weiter gestärkt und der Status von Bonn als zweites politisches Zentrum in Deutschland gefestigt werden.
- Städtepartnerschaften stärker für Wirtschaftsbeziehungen nutzen

Der politische und kulturelle Austausch mit Partnerstädten ist ein wichtiger Bestandteil internationaler Beziehungen. Diese Verbindungen könnten jedoch verstärkt auch zum Vorteil lokaler Unternehmen genutzt werden, die bei Bedarf auf die bestehenden Kontakte in die Partnerstädte zurückgreifen können sollten. Der offensive Umgang mit der Solidaritätspartnerstadt Cherson in der Ukraine und die anvisierten Kontakte zu Unternehmen mögen hier als richtungsweisend gelten, wie auch die Partnerstädte in anderen Ländern stärker mit der lokalen Wirtschaft vernetzt werden könnten.

- Mehr internationale Institutionen zur Ansiedlung in Bonn bewegen

Der gegen acht Mitbewerber durchgesetzte Zuschlag zur Ansiedlung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn aufgrund der bestehenden Infrastruktur, ausgezeichneten Lebensbedingungen für die Bevölkerung und den umfangreichen Kooperationsmöglichkeiten mit der UN könnte nahezu als Blaupause genutzt werden, um weitere internationale Institutionen zur Niederlassung in Bonn zu bewegen. Insbesondere zur weiteren Schärfung des Profil Bonns wären Gesellschaften aus dem Sektor der Nachhaltigkeit und der Cybersicherheit zu nennen.

## Biotech/ Medtech

- **Biotech & Digital Health als Zukunftsbranchen unterstützen:** Dank exzellenter Forschung im Bereich Biotechnologie und Digital Health am Standort Bonn durch Universität und UKB sollte die Stadt diese Branchen in vielfacher Hinsicht fördern. In der Vergangenheit haben bereits mehrere Unternehmen mit einem Finanzierungsvolumen von über 450 Millionen US-Dollar aufgrund fehlender Flächen die Region verlassen.
- **Laborflächen bauen und betreiben:** Wissenschaftler können auf die Laborinfrastruktur von Uni und UKB zurückgreifen. Sobald sie jedoch ein Unternehmen ausgründen, finden sie am Standort nicht die nötigen Laborflächen – der Wegzug des Unternehmens ist oftmals die Folge. Wirtschaft, Wissenschaft und Stadt müssen gemeinsam Laborinfrastrukturen schaffen, die es Unternehmen ermöglicht, am Standort zu wachsen und später Gewerbesteuern zu bezahlen. Die Stadt sollte dafür Flächen zur Verfügung stellen, auf denen diese Infrastruktur entstehen kann, sowie die baurechtlichen Voraussetzungen schaffen. Die Standorte Köln und Düsseldorf haben in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich solche Strukturen aufgebaut, die auch sehr ausgelastet sind.
- **Biotech-Hub aufbauen:** Auch ausgründende Wissenschaftler müssen Unternehmertum erst erlernen. Ein Biotech-Hub mit Funktionen eines

Incubators/Accelerators würde auf dem Weg zum Unternehmer/zur Unternehmerin helfen. Analog zum Digital Hub sollten sich private und öffentlich-rechtliche Partner zusammenfinden und die entsprechende Infrastruktur aufbauen. Diese muss eine entsprechende Größe haben, um die Grundkosten nicht explodieren zu lassen.

## Wirtschaftsförderung

In Bonn lässt sich keine durchgängige wirtschaftspolitische Strategie erkennen. Es fehlt ein Zielbild, wie die Wirtschaft in Zukunft aufgestellt sein soll und welche Branchen für eine Ansiedlung gewonnen werden sollen. Auch die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes gehört dazu.

Die Stadt sollte gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft ein ausdifferenziertes wirtschaftspolitisches Konzept entwickeln und darin entsprechende Schlüsselkennzahlen (KPIs) festlegen. Nur so können alle Akteure an gemeinsamen Zielen arbeiten – und der Erfolg oder Misserfolg lässt sich dann auch bewerten.

## 02. Rhein-Sieg-Kreis

### Verkehr

Überlastungserscheinungen bestehen vor allem auf den Hauptverkehrsachsen des Individualverkehrs morgens nach Bonn und nachmittags in entgegengesetzter Richtung. In den kommenden Jahren stehen weitere massive Baumaßnahmen an, die kurz- und mittelfristig mit einer Verringerung der Kapazität der Straßen- und Schieneninfrastruktur in der Region Bonn/Rhein-Sieg einhergehen und die Verkehrsprobleme der Region verstärken werden.

■ Das „Lead City“-Projekt „JOBWÄRTS einfach.besser.pendeln.“ für den Raum Bonn/Rhein-Sieg soll eine nachhaltige und funktionierende Mobilitätsentwicklung fördern. Dies soll zum Beispiel durch den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel, die Bündelung von Kfz-Fahrten sowie die zeitliche Verschiebung von Fahrten auf Nebenverkehrszeiten erreicht werden. Eine Unterstützung durch den Rhein-Sieg-Kreis wäre hilfreich.

- **Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan planen und umsetzen:** Wichtige Verkehrsprojekte im Bundesverkehrswegeplan müssen in den kommenden Jahren geplant und realisiert werden. Dazu zählen auch die Rheinspange A 553 sowie die Ortsumgehung in Hennef-Uckerath. Auch die umstrittene Südtangente sollte nicht ganz aus den Augen verloren werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Netzresilienz leisten könnte.

- Durch die Schaffung weiterer P&R-Anlagen im Umland könnte die Situation entschärft werden. Hier müssen die jeweiligen Kommunen und die Stadt Bonn stärker zusammenarbeiten und gemeinsam Formen der Planung, Finanzierung und Umsetzung entwickeln, der Kreis könnte vermitteln oder koordinieren.

- In der Region müssen auch die Fahrradwege ausgebaut werden, um für Pendler eine echte Alternative zu schaffen. Für durchgehende Radpendler Routen sollte der Kreis zwischen den Kommunen vermitteln.

## **ÖPNV: Schnellbusse und Stadtbahnlinie 66 ausbauen**

Das Pendeln aus dem Kreis nach Bonn und innerhalb des Kreises ist mit dem aktuellen ÖPNV teilweise nur eingeschränkt möglich.

- Die Schnellbuslinien sollten ausgebaut und noch besser mit dem bestehenden Angebot verknüpft werden. Wichtige Pendelrouten, wie die Stadtbahn-Linie 66 zwischen dem ICE-Bahnhof in Siegburg und den Arbeitsplätzen in Bonn oder die Niederkasseler Stadtbahn, müssen ausgebaut, komfortabler und zuverlässiger werden. Die Trennung von Schiene und Straße könnte helfen.

## **Digitalisierung und Breitband: Ausbau und Kooperation fortsetzen**

-Die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander sowie mit der Branche und die regelmäßige Einbeziehung der Wirtschaft bei kommunalpolitischen ITK-Themen sind für einen starken ITK-Standort elementar. Die interkommunale Kooperation innerhalb des Kreises, sowie die Zusammenarbeit des Kreises mit den rheinischen Metropolen Köln und Düsseldorf (Rheinschiene) in Digitalisierungsfragen müssen forciert, die Geschwindigkeit in öffentlichen Projekten muss erhöht werden.

- Netzabdeckung und Breitbandanbindung in der Region erhöhen: Um die Attraktivität des Standortes auch im ländlichen Raum zu erhöhen, bedarf es heute einer flächendeckenden Netzabdeckung und Breitbandanbindung. Hier ist durch die Kommunen, in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern, eine Netzabdeckung zumindest mit LTE-Standard im gesamten IHK-Bezirk, speziell im zersiedelten rechtsrheinischen Raum, anzustreben, um die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern und für Bürger und Wirtschaft den Zugang auch zu digitalen Angeboten der Kommunen zu ermöglichen. Ferner sollten ein schneller Ausbau der 5G-Technologie und die Schaffung von regionalen Campusnetzwerken in Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen unterstützt werden. Ein Runder Tisch zum Erfahrungsaustausch beim Thema Breitband sollte gegründet und unterstützt werden.

## **Fachkräfte**

- Zusammenarbeit im Netzwerk Bündnis für Fachkräfte fortsetzen und ausbauen: Hier bleiben alle Arbeitsmarktakteure aufgerufen, sich intensiv zu beteiligen. Für Unternehmerfrühstücke und Veranstaltungen muss der Bedarf der jeweiligen Branchen und Berufsfelder ermittelt werden, und die entsprechenden Formate müssen konsequent ausgebaut werden. Beispiele können hier die Gesundheitswirtschaft oder die Neuordnung der Pflegeberufe sein.

- Inklusion und Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte bleiben wichtig für die Wirtschaft: In beiden Bereichen sollte die Zusammenarbeit fortgesetzt und – wenn möglich – verstärkt werden. Hier bestehen weiterhin Potenziale, um den Fachkräftemangel zu reduzieren.

## Regionale Kooperation: Ideen und Konzepte umsetzen

Allen Akteuren ist bewusst, dass sich viele Probleme der Region nur gemeinsam bewältigen lassen. Die Umsetzung verläuft oftmals allerdings schleppend oder die Gespräche sind ganz eingeschlafen.

Beispielsweise bedürfen die Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen Wohnraumkonzeptes neuer Impulse. Die begrenzte Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerbeflächen in der Region ist seit geraumer Zeit bekannt. Nutzungskonkurrenzen, Flächenverfügbarkeit und fachgesetzliche Restriktionen setzen der Entwicklung gemeinsamer Konzepte Grenzen.

**Ausreichende Flächenreserven vorhalten:** Der neue Regionalplan wird viele neue Gewerbegebiete ausweisen. Diese müssen zeitnah in die kommunale Bauleitplanung überführt werden, sodass die Gewerbegebiete für Unternehmen auch tatsächlich bald zur Verfügung stehen. Die neuen Gewerbegebiete sollten dabei mit so geringen Restriktionen wie möglich belastet sein, sodass sich ein breites Spektrum an Unternehmen unterschiedlicher Branchen dort niederlassen kann. Die Erkenntnisse aus dem NEILA-Prozess sollten hier mit einfließen. Es darf nicht sein, dass Kommunen keine Gewerbeflächen mehr ohne ÖPNV-Anschluss ausweisen dürfen. Ein solcher ist zwar wünschenswert, darf aber keine „conditio sine qua non“ darstellen.

■ **Gewerbeflächen gemeinsam bereitstellen:** In vielen Kommunen können sich Unternehmen nicht mehr erweitern. Der Flächenbedarf kann zum Teil nur interkommunal gedeckt werden. Es gibt noch zu wenig Zusammenarbeit der Kommunen untereinander. Bonn und die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sollten noch stärker als bisher interkommunale Gewerbegebiete entwickeln. Dazu ist es wichtig, ein Modell zu vereinbaren, bei dem sich die beteiligten Kommunen die Erschließungskosten teilen – aber auch die Steuereinnahmen. Erfolge, wie die Zusammenarbeit zwischen Alfter und Bornheim, sollten auf die gesamte Region übertragen werden. Der Kreis könnte hier stärker vermitteln.

Die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit Bonn sollte geprüft werden, um so gemeinsame Projekte leichter umsetzen zu können.

■ **Interkommunale Zusammenarbeit verstärken:** Digitalisierung und Shared Services können helfen, sich sachlich und personell zu spezialisieren. Infrastruktur und Personal können so besser ausgelastet werden und müssen nicht in jedem Fall mehrfach vorgehalten werden.

## Tourismus

**Masterplan Tourismus der IHK Bonn/Rhein-Sieg umsetzen:** Bonn/Rhein-Sieg muss es gelingen, als attraktiver, moderner und vor allem lohnenswerter Tourismusstandort wahrgenommen zu werden. Bonn und die Region müssen das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus noch stärker heben und es schaffen, in nationalen wie internationalen Rankings einen guten Platz zu belegen. Hierbei gilt es, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors gegenüber Politik und Verwaltung hervorzuheben und auf eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln hinzuwirken.

■ **Ziel-Image der Region herausarbeiten:** Die Region muss festlegen, mit welchen touristischen Attributen sie künftig wahrgenommen werden will. Die vorhandenen Leitbilder sollten hierfür die Grundlage bieten. Wichtig ist, dass sich die Region künftig als besonders, dynamisch und mit einem klaren Image präsentiert.

- **Touristische Zielgruppen definieren und adressieren:** Noch stärker als bisher muss sich das Marketing auf die definierten Zielgruppen konzentrieren. Die Region muss zugleich mehr als bisher Familien, Kinder, Jugendliche, Schüler und junge Singles in den Blick nehmen.

## 03. Alfter

### **Gewerbestandorte gemeinsam vermarkten**

Das Gewerbegebiet Alfter-Nord (rund 50 Hektar) sowie die Flächen für Wohnen und Gewerbe im Buschklauser Feld werden weiterhin vermarktet. Dabei werden Kriterien der Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigt. Bei der Entwicklung der Gewerbegebiete wurde auf interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten Bonn und Bornheim gesetzt.

- Die Standorte bieten Unternehmen mit Absichten zur Erweiterung oder zum Standortwechsel Möglichkeiten, sie sollten weiterhin aktiv vermarktet werden.

### **Wirtschaft bei Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung einbeziehen**

Um den Herausforderungen der Klimawandelanpassung und der Klimaneutralität zu begegnen, hat sich die Gemeinde Alfter das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden, und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Alfter ist Teil eines interkommunalen Klimaneutralitäts- und eines Klimafolgenanpassungskonzeptes im Rahmen der Klimaregion Rhein-Voreifel.

Zu den Maßnahmen, die in Alfter bereits umgesetzt wurden, gehört beispielweise die Erstellung einer Karte für den Umgang mit Starkregenereignissen, die entsprechende Ereignisse simuliert. Ein daraus abgeleitetes Handlungskonzept wird erstellt. Darüber hinaus gibt es E-Ladestationen in verschiedenen Ortsteilen.

- Die Umsetzung der Maßnahmen zur Klimawandelanpassung und zum Klimaschutz sollte unter Einbeziehung der Belange der Wirtschaft zum Erhalt eines attraktiven Standorts fortgesetzt werden.

### **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv gestalten**

Um Verkehrswege zu entlasten und Emissionen zu reduzieren, ist die attraktive Gestaltung des ÖPNV insbesondere in einer Auspendlerkommune wie Alfter wichtig. In einem Teil der Gemeinde wird der ÖPNV, bedingt durch die Voreifelbahn, gut bewertet, insgesamt gibt es allerdings weiteres Potenzial für einen Ausbau. Positive Impulse setzen hier bereits Bike-&-Ride-Anlagen, die den Umstieg zwischen Rad und öffentlichem Nahverkehr erleichtern, sowie die Radpendlerroute von Bornheim über Alfter nach Bonn.

- Der ÖPNV muss eine hohe Konkurrenzfähigkeit zum Pkw besitzen, um Verkehrsteilnehmer zum Umsteigen auf den Bus- und Bahnverkehr zu bewegen. Weitere Verbesserung im Angebot sind nötig.

### **Mobilität verbessern**

Nachdem die Straßen der Gemeinde evaluiert und in einigen Straßen Mängel festgestellt wurden, sollen diese nun saniert und erneuert werden. Die Instandhaltung und Verbesserung der Straßen sind elementar, um den Verkehrsfluss für Wirtschafts- und Personenverkehre sicherzustellen.

- Die Arbeiten sollten von den jeweiligen Vorhabenträgern zügig realisiert werden. Eine Koordination der Baustellen sollte gleichzeitig die Störung der Verkehre minimieren.

## 04. Bad Honnef

### **Nachhaltige Gemeindeentwicklung: Einzelhandel stärken, Potenziale der Investitionen in die Innenstadt nutzen**

In den kommenden Jahren wird in der Stadt Bad Honnef viel Geld für Projekte in die Hand genommen, die den Einzelhandel und Tourismus nachhaltig stärken sollen. So siedelt sich etwa auf dem Postgelände ein großes Einzelhandelsunternehmen in einem integrierten Wohn- und Geschäftshaus an. Zudem wird am Saynschen Hof eine neue Passage zur Fußgängerzone entstehen, außerdem soll ein neuer „Mobilitätsknoten“ durch Neubau des Bahnhofs und Verlegung der Endhaltstelle der Stadtbahnlinie 66 die Innenstadt besser erreichbar machen. Auch der Rhein-Radweg wird verbreitert. Darüber hinaus werden neben Wochenmärkten regelmäßige Events in der Innenstadt angeboten, um die Kundenfrequenz zu erhöhen. Ein Konzept „Erscheinungsbild Innenstadt“ wurde erarbeitet, um die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone systematisch weiter zu erhöhen. Das Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ trägt mit bislang drei geförderten Neuansiedlungen (Stand: September 2024) dazu bei, die hohe Dichte an inhabergeführten Geschäften (rund 80 Prozent) in der Innenstadt zu halten. Das regelmäßig stattfindende „Business Frühstück“ der Wirtschaftsförderung dient der Vernetzung der ansässigen Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen. Einzelhändler, Gastronomen und Dienstleister arbeiten gemeinsam in den Vereinen Centrum e. V. und Frauen-Stammtisch Innenstadt e. V. an der Attraktivität der Einkaufsstadt Bad Honnef.

- Die Mischung aus Stärkung der Standortqualität der Innenstadt durch Frequenzbringer oder die Aufwertung des Erscheinungsbilds der Innenstadt und erheblichen Investitionen in die Infrastruktur, wie ein dringend benötigtes Parkhaus und Nachverdichtung, ist eine große Chance, die Gemeindeentwicklung nachhaltig positiv zu beeinflussen. Der bisherige Weg, die Kooperation zwischen Einzelhändlern, Gastronomen und lokalen Initiativen zu suchen, ist entscheidend für den Erfolg der Investitionen und die Zukunft des Einzelhandelsstandorts Bad Honnef. So kann gewährleistet werden, dass Wirtschaftstreibende keine Kunden etwa durch temporäre Verkehrseinschränkungen verlieren. Gleichzeitig sollte die Stadt Innovationen und Digitalisierung im Einzelhandel vorantreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

### **Wirtschaftsstandort weiterentwickeln: Infrastruktur an Anforderungen anpassen, Landesgrenze durchlässiger gestalten, Konzept entwickeln**

Bad Honnef stehen nach der erfolgreichen Entwicklung des Gewerbegebiets „Dachsberg“ keine zusätzlichen Flächen zur Ansiedlung für die Industrie zur Verfügung. Die hohe Nachfrage spricht für den Wirtschaftsstandort, der sich durch die gute Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur, sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße, und eine hohe Lebensqualität und Kaufkraft auszeichnet. Städtische Initiativen, wie die Bebauung des die Landesgrenze überschreitenden Industriegebiets mit der Gemeinde Windhagen oder die jährliche Ausbildungsbörse, tragen zum Wachstum der Wirtschaft bei und halten Fachkräfte in der Region.

- Um den Hochschulstandort Bad Honnef zu sichern, sollte sich die Stadt engagiert für eine Folgenutzung des Geländes der Internationalen Hochschule (IU) einsetzen.

- Ein weiterer Fokus der Stadt sollte in der Weiterentwicklung des Industriestandorts liegen, der durch die Neuansiedlung eines großen Industriebetriebs sowie die Zusage erheblicher

Investitionen weiterer Gewerbetreibender wächst. Allerdings verfügen weiterhin nicht alle Unternehmen über einen Glasfaser-Anschluss. Zudem müsste die verkehrliche Situation im Gewerbegebiet „Dachsberg“ sollte verbessert werden, etwa durch die beschleunigte Errichtung des lange geplanten Kreisverkehrs an der Rottbitzer Straße/Abzweigung Windhagener Weg. Zudem sollte geprüft werden – unter Einbezug der angrenzenden Gemeinden –, inwiefern ein Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz, das durch das Gemeindegebiet führen wird und ab Ende 2032 fertiggestellt sein soll, für die lokalen Unternehmen erforderlich ist und so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhöhen kann. In diesem Zusammenhang sollte ein Konzept entwickelt werden, wie der Wirtschaftsstandort ganzheitlich weiterentwickelt werden kann, da sich schon jetzt absehen lässt, dass viele Betriebe angesichts des demografischen Wandels eine Nachfolge suchen werden. Innerhalb der Gemeinde wäre die Einbindung weiterer Branchen in Plattformangebote, wie das „Business Frühstück“ wünschenswert.

## 05. Bornheim

### Mobilität und Verkehr

Aus Bornheim pendeln etwa 20.000 Personen in die umliegenden Gemeinden. Dies geschieht oft mit dem eigenen Pkw, was zu Verkehrsproblemen auf den Straßen führt und den Wirtschaftsverkehr beeinträchtigt. Die Anbindung Bornheims an die Region mit dem ÖPNV ist gut, jedoch ist die Hauptstrecke der Deutschen Bahn schon jetzt überlastet. Die Züge sind oftmals unpünktlich, die anstehenden Sanierungsarbeiten in den nächsten Jahren werden kurzfristig zu einer weiteren Verschlechterung führen, bevor der Fahrplan mittelfristig wieder eingehalten werden kann.

- Die neue Rheinquerung A 553 befindet sich in der Planung und soll im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Entlastung für die vorhandenen Rheinquerungen darstellen. Die aktuelle Vorzugsvariante als Tunnellösung befindet sich nördlich von Bornheim, wird sich aber auch auf das Verkehrsgeschehen in Bornheim selbst auswirken. Bornheim wird sich im Rahmen des Linien- und Planfeststellungsverfahrens zu der „Rheinspange“ genannten Querung äußern. Es sollte ein frühzeitiger Konsens zwischen allen Akteuren angestrebt werden, um die Umsetzung zu beschleunigen und die Verkehrswege frühestmöglich zu entlasten. Dabei muss zugleich sichergestellt werden, dass die „Rheinspange“ auch den Anforderungen des Schwerlast- und Gefahrgutverkehrs entspricht.

- Es müssen Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV und SPNV geschaffen werden. Hierzu müssen die Haltepunkte um zusätzliche Park-&-Ride- und Park-&-Bike-Anlagen sowie weitere Mobilitätsangebote, wie Carsharing oder Leihfahrräder, zu Mobilstationen ausgebaut werden. Die Planungen zur Umgestaltung des Bahnhofs Roisdorf können als Vorbild für weitere Haltepunkte genutzt werden. Es sollte im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit geklärt werden, ob die Kommunen der jeweiligen Arbeitsorte der Pendler sich finanziell beteiligen könnten.

## Gewerbeflächen

Die Region benötigt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dringend zusätzliche Gewerbeflächen. Die Flächenpotenziale wurden in einem Gutachten bereits ermittelt, etwa 80 Hektar wurden in Bornheim verortet.

- Die Flächenpotenziale wurden planerisch im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans größtenteils gesichert. Hierbei sollten, falls erforderlich, die umliegenden Kommunen zusammenarbeiten. Bornheim kooperiert bereits seit längerem mit Alfter bei der gemeinsamen Erschließung von Gewerbegebieten und macht damit gute Erfahrungen.
- Der ruhende Lkw-Verkehr wird in den Bornheimer Gewerbegebieten zunehmend zu einem Problem. Lkw-Fahrer müssen ihre gesetzlich verordneten Lenk- und Ruhezeiten einhalten, gleichzeitig mangelt es an Stellplätzen entlang der Bundesautobahnen. Ein Ausweichen in die Gewerbegebiete ist die Folge. Ein zeitnaher Ausbau der Lkw-Stellplätze an Autobahnen, zum Beispiel der Fläche „Eichenkamp“ an der A 555, ist daher erforderlich.

## 06. Eitorf

### Innenstadt stärken

Von 2016 bis 2019 war die Gemeindeverwaltung Eitorf bestrebt, mittels eines Integrierten Handlungskonzeptes (InHK) das Ortszentrum neu zu gestalten. Diese Planungen wurden 2021 neu aufgenommen. Eine interfraktionelle Gruppe erstellte gemeinsam mit der Verwaltung und dem Planungsbüro Dr. Jansen sowie Club94 die Konzeption neu und brachte sie zu einem ansehnlichen und ökologisch wertvollen Ergebnis. Jetzt befinden sich noch 30 Kurzzeitparkplätze auf dem Marktplatz in der Planung, wobei weitere 30 Parkplätze hinter dem Rathaus oder direkt am angrenzenden Parkhaus, erreichbar über den Erlenberg, zur Verfügung gestellt werden könnten.

- Die Umgestaltung des Marktplatzes soll priorisiert werden und startet im Jahr 2026, um das Gesamtareal – bestehend aus Marktplatz, Rathaus, Parkhaus und Gemeindewerke – modern zu gestalten.
- Das Gebäude des Rathauses mit dem Haus Krupka soll abgerissen werden, um auf diesem Areal die Markt-Arkaden mit Einzelhandel, Gewerbe, Dienstleistung, betreutem Wohnen und zusätzlichem Parkraum zu platzieren. Hierzu soll es einen Planungswettbewerb geben.

### Verkehr: Bessere Erreichbarkeit und Verkehrsfluss

Eitorf ist per SPNV gut erreichbar, und die Taktung der Züge wurde leicht erhöht. Der Kölner Hauptbahnhof lässt sich mit dem RE 9 in 36 Minuten erreichen. Hierbei wird eine weitere Taktverdichtung angestrebt. Zudem soll der Ausbau des eingleisigen Teilstückes von Merten nach Blankenberg vorangetrieben werden. Ein weiterer Ausbau des zentralen Busbahnhofs am Bahnhof Eitorf ist in Planung. Über den ÖPNV sind auch Asbach, Uckerath und Ruppichterorth zu erreichen. Durch die bevorstehende Einbindung des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV werden sich auch die Taktfrequenzen der Buslinien reduzieren. Probleme bereiten jedoch die schmale Fahrbahn der L 333 aus Richtung Westen und der regelmäßige Stau vor der Bahnschranke bei der Nord-/Südquerung.

- Die L 333 wurde für die Fortschreibung des Landstraßenbedarfsplanes angemeldet. Dabei soll eine mögliche Querspange zur Erreichung der Ortsumgehung Uckerath geprüft werden. Damit könnte sich die Verbindung von Eitorf zur A 560 mit deutlich verbessern. Dies wird in Eitorf seit vielen Jahrzehnten gefordert und hat jetzt gute Chancen auf eine Realisierung.
- Der Bau einer Bahnüberführung Brückenstraße soll zu einer Entlastung der angrenzenden Straßen führen, insbesondere in Stoßzeiten. Die Umsetzung soll ab 2033 erfolgen und im Jahr 2034 fertig gestellt werden.

## **Gewerbe: Flächen ausweisen und Unternehmen unterstützen**

Die Schließungen von ZF Friedrichshafen und Krewel-Meuselbach hinterlassen deutliche Spuren in der lokalen Wirtschaft. Nun ist es wichtig, für die Werke eine sinnvolle Verwendung zu finden oder aber neue Gewerbeflächen auszuweisen und ansiedlungsinteressierte Unternehmen aktiv zu unterstützen.

- Ein umfassendes Flächenmanagement ist unverzichtbar, um Unternehmen geeignete Expansions- und Ansiedlungsflächen anzubieten.
- Die Entwicklung eines neuen Gewerbegebiets an der B 8 und weiterer Gebiete soll zügig umgesetzt werden. Die seit 40 Jahren geforderte Verlagerung des Gewerbegebietes Altebach II konnte jetzt im Regionalplan angemeldet werden. Die Aussichten für eine Verlagerung sind sehr gut. Damit würde das neue Gewerbegebiet sehr nah an der Bundesstraße 8 liegen.

## **Nachhaltige Stadtentwicklung betreiben**

Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel sind zentrale Herausforderungen. Die Gemeinde hat bereits mit der Ausweisung von neuen Baugebieten reagiert. Diese Bestrebungen sollen ausgeweitet werden.

- Weitere Baugebiete und ein attraktives Angebot an barrierefreien Wohnungen in der Innenstadt sollen geschaffen werden.
- Die Bebauungspläne, beispielsweise in der Bahnhofsstraße, müssen überarbeitet werden.

## **Schulstandort Eitorf stärken**

Eitorf hat zwei sehr leistungsstarke weiterführende Schulen: das Siegtalgymnasium und die Sekundarschule, eine Gesamtschule ohne Oberstufe. Da eine Oberstufe auch aus der Gesamtschule heraus nur mit einer Qualifikation besucht werden kann, ist die Sekundarschule hierfür besonders prädestiniert.

Derzeit wird der Neubau einer sechszügigen Grundschule angestrebt, die auf dem Gelände der Firma Krewel entstehen soll. Hierzu sind die Planungen eingeleitet und die fachliche Begleitung bereits verpflichtet. Die Grundschulen werden derzeit für den OGS-Betrieb ertüchtigt.

- Der OGS-Betrieb erfordert Personal und eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Die neue Nutzung der Gewerbefläche sollte nicht dazu führen, dass insgesamt die Flächen für Unternehmen abnehmen.

## **Kita-Plätze bereitstellen**

Mit der Ausschreibung der Kita Parkstraße soll noch im Jahr 2025 eine viergruppige Kita im Zentrum entstehen. Dazu kommt die sechsgruppige Kita im Neubaugebiet West III. Die Bauarbeiten beginnen 2025. Damit soll in Eitorf die Vollversorgung mit Kita-Plätzen gewährleistet werden.

- Für die neuen Einrichtung gilt es, das erforderliche Personal zu gewinnen und langfristig an den Standort zu binden.

## **07. Hennef**

### **Innenstadt stärken**

2024 lebten in Hennef rund 49.600 Menschen. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer von Hennef (Sieg) liegt bei rund 102. 2024 wurde mit der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Hennef die konzeptionelle Grundlage für die Innenstadtentwicklung modernisiert. Hier wurden aktuelle und zukünftige Trends identifiziert, so dass der Wandel im Handel aktiv begleitet und die Innenstadt und Dorfgebiete strategisch, rechtssicher und zielorientiert entwickelt werden können. Allerdings lässt sich auf der Angebotsseite in vielen Branchen des Einzelhandels ein verringertes Expansionsgeschehen wie auch ein Rückzug aus der Fläche beobachten. Gründe dafür sind unter anderem steigende Energiekosten und Bauzinsen, die allgemeine Konsumzurückhaltung in Deutschland und das Wachstum des Online-Handels.

- Innenstadt weiterentwickeln und an die sich wandelnden Kundenwünsche anpassen

### **Moderne Wege der Mobilität**

Die Stadt Hennef hat mit dem Mobilitätskonzept „Masterplan Mobilität“ einen umfassenden Plan zur künftigen Mobilität in Hennef entwickelt. Ziel des Masterplans Mobilität ist es, zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Mobilität im gesamten Stadtgebiet dauerhaft sicherzustellen. Insgesamt dient der Masterplan Mobilität mit den darin aufgeführten Maßnahmen als strategischer Handlungsrahmen für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung in den kommenden Jahren. Besonders hervorzuheben sind die gute Autobahn- und Bahn-Anbindung. Die Anbindung an den ÖPNV wird als überwiegend gut bis sehr gut bezeichnet.

- ÖPNV weiter ausbauen und attraktiver gestalten, aber auch auf den motorisierten Individualverkehr Rücksicht nehmen. Die Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsverkehre muss stärker berücksichtigt werden.

### **Digitalisierung**

Das Digitalisierungskonzept der Stadt Hennef wurde 2024 fortgeschrieben. Zu den aktuellen Fokusprojekten gehören der fortschreitende Glasfaserausbau im Stadtgebiet, insbesondere in den Gewerbegebieten und -betrieben, die Einführung der E-Akte in der Verwaltung, Schutz gegen Cyber-Kriminalität und die Bereitstellung weiterer Online-Dienste für Bürger und Unternehmen.

- Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben und Breitbandausbau im Sinne der Unternehmen fortsetzen und entsprechende Fördermittel nutzen.

## **Gewerbeflächen entwickeln**

Die Stadt Hennef ist geprägt durch viele renommierte, auch international tätige Unternehmen. Die Produktionsschwerpunkte verteilen sich dabei auf zahlreiche Branchen.

Die Nachfrage nach gut erschlossenen Gewerbeflächen in Hennef ist konstant hoch. Derzeit gibt es allerdings keine frei verfügbaren Gewerbeflächen. Um den Wirtschaftsstandort Hennef für die Zukunft zu sichern, wird für das Gewerbegebiet Kleinfeldchen/Hossenberg die bisherige Planung im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts mit Verkehrsmodell überprüft und auf die aktuellen Bedarfe zukunftsfähig ausgerichtet.

- Interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Gewerbeflächen können helfen. Bestehende Gewerbegebiete weiterentwickeln und an Bedürfnisse der Unternehmen anpassen.

## **08. Königswinter**

### **Innenstadt: Leerstand stagniert**

In der Altstadt von Königswinter stagniert die Anzahl leerstehender Ladenlokale. Mithilfe der Förderprogramme „Sofortprogramm Innenstadt“ und „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren Nordrhein-Westfalen“ konnte die Wirtschaftsförderung Gewerbetreibende gewinnen, Geschäftsideen in der Altstadt zu verwirklichen und zur Belebung der Altstadt beizutragen. Dennoch stehen weiterhin einige Ladenlokale leer. Problematisch wird dabei auch der Sanierungsstau bei einigen Immobilien gesehen. Ungewiss bleibt die Verwertung der von der inzwischen insolventen Verianos-Gruppe erworbenen Immobilien. Auch fehlt in Königswinter ein geeignetes Nahversorgungszentrum.

- Es gilt, Eigentümer weiter zu Investitionen und Sanierung zu motivieren. Zudem sollte geprüft werden, ob sich auf der Fläche „Am Kessel“ im Talbereich eine Nahversorgung realisieren lässt.

### **Tourismus: Starke Zahlen**

Die Besucherzahlen von Drachenfels, Schloss Drachenburg, Drachenfelsbahn und Nibelungenhalle befinden sich auf hohem Niveau. Trotz der Schließung von drei Hotels sind die Übernachtungszahlen in Königswinter über die Jahre konstant geblieben. Mit der Schließung des Sealife-Centers fehlt jedoch in der Königswinterer Altstadt ein Publikumsmagnet für den Tagestourismus. Überlegungen zur Nachnutzung laufen. Einschränkend für den Tourismus wird die Neugestaltung der Rheinallee ab 2025 gesehen.

- Für das Sealife-Gebäude muss eine zukunftsfähige Nachnutzung gefunden werden, die den Tagestourismus stärkt. Die Neugestaltung der Rheinallee sollte zügig vorangehen; Baumaßnahmen sollten so gestaltet werden, dass die Belastung der ansässigen Gewerbebetriebe auf ein Mindestmaß reduziert wird.

### **Verkehr: Infrastruktur verbessern**

Nach wie vor gibt es in Königswinter Verkehrsprobleme, die durch die langwierige Sanierung der B 42 noch verschärft werden. Auch wenn sich die Taktungen beim ÖPNV in Tallage verbessert haben, ist der ÖPNV in den höher gelegenen Ortsteilen keine Alternative zum

Individualverkehr. Auch „Park & Ride“- und „Bike & Ride“-Anlagen lassen sich teilweise nur schwer realisieren; entsprechende Flächen fehlen.

- Verbesserungen im ÖPNV könnten Entlastungen bringen. Ebenfalls bleibt die Südtangente, und hier insbesondere der Ennertaufstieg, eine Möglichkeit zur Verkehrsentslastung. Es sollte geprüft werden, an welchen Stellen im Tal „Park & Ride“- und „Bike & Ride“- Möglichkeiten geschaffen werden können.

## **Wohnraumbedarf: Angespante Situation**

Die Wohnungsmarktsituation ist, wie schon in den vergangenen Jahren, auch in Königswinter weiterhin sehr angespannt. Durch den ungebremsen Zuzug in die Region Bonn/Rhein-Sieg haben sich auch die Mietpreise kontinuierlich nach oben entwickelt. Verschärft wird die Situation ferner durch Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft, Baukostensteigerungen, überzeichnete Wohnungsbauförderprogramme, steigende Auflage, bürokratische Hürden und explodierende Energiekosten.

- Eine Erweiterung von Wohnungsbauförderprogrammen ist dringend geboten, um den Bausektor anzukurbeln und die Wohnungsnot in der Region abzubauen. Nachverdichtung und Schließung von Baulücken ist ebenso zwingend wie die Kooperation mit Eigentümern, um Freiflächen zu entwickeln.

## **Gewerbeflächen: Schwierige Situation**

Nach wie vor können in Königswinter keine Gewerbeflächen angeboten werden, wodurch Ansiedlungen oder Erweiterungen praktisch unmöglich sind. Das geplante Gewerbegebiet „Siefen“ in Königswinter-Oberpleis wird derzeit entwickelt, aber nicht vor 2028 zur Vermarktung kommen. Mit zirka sechs Hektar Nettobauland schafft das zukünftige Gewerbegebiet immerhin eine mittelfristige Entlastung.

- Langfristig muss der Regionalplan überarbeitet werden, damit die gleiche Problematik, die heute existiert, in einem Jahrzehnt nicht weiter besteht. Hierzu ist es zwingend, dass der Flächennutzungsplan den Bedürfnissen von Kommune und Gewerbe angepasst wird.

# **09. Lohmar**

## **Smart City**

Seit Lohmar 2020 an dem Modellprojekt „Smart Cities in Germany“ teilnahm, wurden multiple Projekte zum Ausbau der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit initiiert. RBS.Mobil (Rheinisch.Bergisch.Smart.Mobil) als Teil des „Smart Cities“-Konzeptes fokussiert sich beispielsweise unter anderem auf den Ausbau der Sensorik im Stadtgebiet, um das Verkehrsaufkommen besser zu erfassen und mittelfristig, beispielsweise durch optimierte Ampelschaltungen, den Verkehrsfluss zu steigern. Ein weiterer Fokus wird auf die „Lohmar-App“ gelegt, mit deren Hilfe die Nutzer nicht nur die Verkehrsinfrastruktur in Lohmar besser erfassen können (Ladestationen für E-Autos, freie Parkplätze), sondern auch auf das Online-Dienstleistungsangebot der Stadt Zugriff bekommen werden.

Die Fortführung dieses Projektes ist vielversprechend und sollte prioritär behandelt werden.

## **Digitale Infrastruktur: Breitband**

Der breitbandige Anschluss der Region wurde durch das „Weiße Flecken“-Programm in Kombination mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau und dem sich anschließenden „Graue Flecken“-Programm gut fortentwickelt. Ziel ist und bleibt, nach Abschluss nahezu jedes Unternehmen und jeden Haushalt mit einem Glasfaseranschluss versorgen zu können. Bis zur Jahresmitte 2025 wird das geförderte „Weiße Flecken“-Programm abgeschlossen sein, die Förderung für das „Graue Flecken“-Programm ist bereits bewilligt.

Hier sollte die eigenwirtschaftliche Weiterentwicklung des Ausbaus schnellstmöglich durchgeführt werden.

## **Intermodale Mobilität**

Ein wichtiger Grundstein zur intermodalen Mobilität wird durch die Ausweitung des Ladenetzes für E-Autos und E-Bikes gelegt. So wurde die Stadt Lohmar im Rahmen des Bundesprojektes „Deutschlandnetz“ ausgewählt, im Stadtzentrum bis zu acht Schnellladepunkte mit einer Ladekapazität von bis zu 200 KW zu planen, die teils auch über Flächen zum Laden von E-Transportern verfügen. Das Leihangebot für E-Bikes (RSVG) und Lastenräder (Stadt Lohmar) expandiert ebenso, die Taktung des ÖPNV wurde verdichtet und Carsharing-Angebote werden verstärkt genutzt. Die Möglichkeiten für Fahrer von Verbrennerfahrzeugen, auf andere Mobilitätslösungen, auch in Kombination umzusteigen, nimmt stetig zu.

Es sollte dennoch darauf geachtet werden, dass die Stadt weiterhin mit allen Kfz gut erreichbar bleibt, denn das Pendeln aus dem Umland ist auch bei einem verdichteten ÖPNV für Bevölkerung und Firmen anders kaum möglich. Ebenso sollte bedacht werden, dass der Lkw-Verkehr zu Firmen in Lohmar und Umgebung den benötigten Raum behält oder bekommt.

## **Gewerbeparks und Industrieflächen**

Flächen zur Ansiedlung oder Vergrößerung von Unternehmen stehen in Lohmar aktuell nicht mehr zur Verfügung.

Allerdings lässt sich über Nachverdichtung oder den Ankauf und die Umwandlung anderer Flächen zusätzlicher Raum für Firmen schaffen. Hier sollten die sich bietenden Chancen genutzt werden, jedoch ohne die touristisch attraktive Region zu beeinträchtigen.

# **10. Meckenheim**

## **Verkehr**

Eine nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur ist essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung Meckenheims. Hierfür sind der weitere Ausbau von Park-&-Ride-Anlagen und sicheren Fahrradabstellanlagen sowie die Schaffung und Bündelung weiterer Mobilitätsangebote, wie Carsharing oder Mobilstationen, notwendig. Dies wird nicht nur den Verkehrsfluss verbessern, sondern auch die Attraktivität der Stadt für Ein- und Auspendler

sowie Unternehmen erhöhen. Eine kontinuierliche Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur ist notwendig, um den Bedürfnissen einer wachsenden Wirtschaft und Bevölkerung gerecht zu werden.

## **Marketing für das neue Gewerbegebiet „Unternehmerpark Kottenforst“**

Der „Unternehmerpark Kottenforst“ stellt eine bedeutende Entwicklung für den Wirtschaftsstandort Meckenheim dar. Mit dem Projekt „Gewerbeflächenprofilierung durch Klimaschutzmaßnahmen“ hat die Stadt bereits bundesweite Anerkennung für ihre innovative Wirtschaftsförderung erhalten. Um diesen Erfolg weiter auszubauen, ist ein intensiveres Standortmarketing mit weiteren finanziellen Ressourcen erforderlich. Ein gemeinsames überregionales Marketing des Rheinlands wird die Wahrnehmung Meckenheims national und international stärken und Investoren anziehen. Die Fördermöglichkeiten sollten genutzt werden, um diesen einzigartigen Kompetenz- und Präsentationsraum rund um die Bioökonomie und grüne Technologien zu etablieren.

## **Fachkräfte: Weiterentwicklung des Vorzeigeprojekts „MeGa Meckenheimer Garantie für Ausbildung“**

Das Projekt „Meckenheimer Garantie für Ausbildung“ (MeGa) ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung von Fachkräften und zur Bindung junger Talente an die Stadt. Diese Kooperation zwischen der Stadt, Schulen und Unternehmen bietet Jugendlichen mit entsprechenden schulischen Leistungen eine Ausbildungsplatzgarantie. Um den steigenden Bedarf an Fachkräften zu decken und den Wirtschaftsstandort Meckenheim nachhaltig zu stärken, sollte dieses Projekt fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

## **Belebung der Innenstadt**

Die Attraktivität der Innenstadt ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität und das wirtschaftliche Wohl einer Stadt. Meckenheim profitiert von seinem Image als Kommune im Grünen und seiner Nähe zum Kottenforst. Die zahlreichen Baumschulen und Obstbaubetriebe tragen zum positiven Image der „Apfelstadt Meckenheim“ bei. Um die Innenstadt für Bewohner und Besucher gleichermaßen attraktiv zu gestalten, sollten Maßnahmen zur Belebung und Verschönerung der Innenstadt ergriffen werden. Dazu gehören die Förderung des Einzelhandels, die Schaffung von Freizeit- und Kulturangeboten sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Eine zukunftsorientierte Innenstadtentwicklung wird die Lebensqualität in Meckenheim steigern und die Stadt als attraktiven Wohn- und Arbeitsort positionieren. Hierzu sollten auch weiterhin entsprechende Förderprogramme in Anspruch genommen werden.

# 11. Much

## **Attraktivität des Ortskerns sichern**

- Die Gemeinde hat den Ortskern in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Dadurch ist dessen Attraktivität merklich gestiegen. Die Flächen für Einzelhandel und Gastronomie entlang der Mucher Hauptstraße sind nahezu vollständig belegt. Der abgeschlossene Umbau des Kirchplatzes zusammen mit

erfolgten Straßenmodernisierungen fördern diese Entwicklung. Auch das Angebot bislang fehlender Sortimente (Drogeriemarkt, Lebensmittel-Nahversorger, Baumarkt) begünstigen den positiven Trend.

- Die Entwicklung sollte fortgesetzt werden und Handel und Gastronomie weiter unterstützt werden.
- Der entstehende Wohnungsbau im Ortskern wird zu dessen kontinuierlicher Weiterentwicklung beitragen, den Hauptort weiter beleben und eine natürliche, nachfragebedingte Entwicklung begünstigen.
  - Diesen Zustand zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe in den kommenden Jahren.
- Das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept sowie das Einzelhandelskonzept der Gemeinde wurden umgesetzt. Die damit verbundenen baulichen Modernisierungsmaßnahmen haben bei einigen Gewerbetreibenden zu Beeinträchtigungen geführt. Die Gemeinde versuchte, deren Belange – unter anderem durch den temporären Einsatz eines Ortskernmanagements – zu berücksichtigen.
  - Auch in Zukunft sollte ein gut abgestimmtes Baustellenmanagement bei ähnlichen Vorhaben anliegende Unternehmen so wenig wie möglich bei ihren Geschäftsaktivitäten beeinträchtigen.

### **Verkehrsfluss durch Umgehungsstraße verbessern**

- Die Gemeinde wünscht sich weiterhin eine Umgehungsstraße nördlich von Much. Derzeit werden die engen Straßen im Ortskern täglich von zahlreichen Pkws befahren. Dies erhöht die Unfallgefahr für Anwohner, beeinträchtigt aber auch die Attraktivität des Ortskerns.
- Eine Umgehungsstraße ist sinnvoll und wird von der IHK unterstützt.

### **Breitbandversorgung – auch auf den „letzten Metern“ – ermöglichen**

- Much strebt weiterhin die flächendeckende Breitbandversorgung von Unternehmen und Einwohnern an. Umfangreiche Bauaktivitäten – auch durch die Gemeinde selbst – wurden durchgeführt. Allerdings stagniert das Vorhaben wider Erwarten. Ursache ist vor allem, dass der **Netzanschluss der Endkunden** auf den letzten Metern zu den Immobilien aus Kostengründen **zu wenig nachgefragt** wird.
  - Eine ausgezeichnete **IT-Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor**. Lange haben Versorgungslücken bei schnellen Internetanschlüssen die Entwicklung der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort gehemmt. Die **Frage, wie der finale Netzanschluss gelingen kann**, sollte daher **rasch** von den öffentlichen und privaten Akteuren **beantwortet werden**.

### **Gemeindeentwicklung weiter integrativ betreiben: Wohnen – Fachkräfte – Tourismus – Gewerbe – Mobilität – Haushalt**

- Much ist im Ballungsraum Köln-Bonn für Fachkräfte und deren Familien als Wohnort attraktiv. Die Bevölkerung wächst moderat. Neu ausgewiesene Baugebiete sind schnell belegt. Die derzeitige Entwicklung des „Kleverhof-Areals“ mit Wohnungen, Arztpraxen und Tagespflege ist dabei ein wichtiger Baustein. Die ausgebaute Gesamtschule und die Grundschulen bieten ein gutes Bildungsrepertoire.

- Die Natur bietet attraktive Erholungsräume für Touristen und Anwohner. Die touristische Vermarktung erfolgt in interkommunaler Zusammenarbeit. Das gilt auch für die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen. Deren Auslastung ist hoch.
- Mobilität wird maßgeblich durch den motorisierten Individualverkehr (Pkws) organisiert. ÖPNV-Verbindungen über Kreis- und Verkehrsverbundsgrenzen hinweg – beispielsweise zwischen dem Gewerbegebiet Bövingen und dem Bahnhof Overath – ergänzen inzwischen das Mobilitätsangebot. Die Kommune befindet sich seit 2016 im Haushaltssicherungskonzept. Die finanzielle Lage ist angespannt.
  - Much sollte den gewählten Ansatz einer integrativen und nachhaltigen Gemeindeentwicklung kontinuierlich fortsetzen. Zusätzliche Gewerbegebiete ermöglichen wirtschaftliche Expansion. Neue Wohngebiete schaffen die Voraussetzungen für die Zuwanderung von weiteren Fachkräften und Familien. Die entsprechenden Planungen der Gemeinde sollten daher umgesetzt werden.
  - Vor dem Hintergrund der überlasteten Straßeninfrastruktur im Ballungsraum Köln/Bonn und der Pendlersituation sollten weitere Möglichkeiten zum Ausbau des ÖPNV-Angebots in Much, idealerweise interkommunal, gesucht werden.
  - Aufgrund der akuten Haushaltslage der Gemeinde sollte Much wirtschaftsfördernde und somit einnahmesteigernde Investitionen gegenüber konsumtiven Ausgaben priorisieren. Die weitere Belastung der Wirtschaft durch Steuererhöhungen muss vermieden werden.

## 12. Neunkirchen-Seelscheid

### **Flächen: Neue Gewerbeflächen werden benötigt**

Bei Leerständen wurde eine erhebliche Verbesserung erreicht. Die interkommunal, mit Much entwickelten Gewerbeflächen sind alle verkauft, so dass die Gemeinde Interessenten derzeit keine geeigneten Flächen anbieten kann. Die Nachfrage nach Flächen ist dennoch groß. Mit dem Erwerb des ehemaligen Thurn-Geländes konnte die Entwicklungsgesellschaft des Kommunalunternehmens der Gemeinden Much und Neunkirchen-Seelscheid eine attraktive Möglichkeit zur interkommunalen Gewerbeflächenentwicklung eröffnet werden. Auf dem Areal soll künftig ein Innovationsquartier entstehen. Der Entwicklungsprozess läuft.

■ Die Herausforderungen im Leerstandsmanagement werden in den kommenden Jahren nicht abnehmen – besonders durch die steigende Anzahl von Unternehmen, die an eine neue Generation weitergegeben werden. Das Innovationsquartier muss vermarktet und mit Leben gefüllt werden. Das Schoeller-Gelände in Eitorf könnte hier als Vorbild dienen.

### **Infrastruktur: Verkehr und Breitband fördern**

Handyempfang und Breitbandanbindung von Wohn- und Gewerbegebieten sind oft mangelhaft. Dies liegt auch an der Siedlungsstruktur, die die Erschließung aufwändig macht. Außerdem werden von vielen Seiten die schwierige Versorgung mit ÖPNV-Anbindungen sowie der mangelnde Zugang zum Bundesautobahnnetz bemängelt.

■ Der Ausbau von Breitband muss Priorität haben. Dieser Prozess muss wegen steigender Anforderungen an das Netz fortgeführt werden. Außerdem sind Investitionen erforderlich, um die ÖPNV-Anbindung zu verbessern.

## **Finanzen: Zukünftige Entwicklung**

Die Kommune befindet sich in einem Haushaltskonsolidierungsprozess. Dies führt an vielen Stellen zu Kürzungen von freiwilligen Leistungen und zur Erhöhung von Steuern und Gebühren zur Steigerung der Einnahmen der Kommune. Die Grundsteuer B soll erhöht werden und die Gewerbesteuer liegt bereits bei 515 v. H.

■ Eine Konsolidierung des Haushaltes ist notwendig. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Gewerbes geschehen. Steigende Abgaben und eingeschränkter Service der öffentlichen Einrichtungen können die Attraktivität des Standortes gefährden. In Zukunft muss nach einer Phase der Konsolidierung auch wieder eine Entlastung spürbar werden, um die Attraktivität des Standortes langfristig zu sichern.

## **13. Niederkassel**

### **Verkehr: Bahnanbindung schnell umsetzen**

Die Region Niederkassel ist derzeit nicht per Bahn an die Großstädte Bonn und Köln angeschlossen. Die geplante Niederkassler Stadtbahn könnte die Situation grundlegend verbessern. Außerdem kommt es morgens regelmäßig zu Staus beim Verlassen des Gemeindegebietes. Es fehlen P&R-Plätze, zudem deckt das ÖPNV-Angebot trotz hoher Taktung nicht die Nachfrage. Zudem fehlt eine Busverbindung zu den Betrieben im Gewerbegebiet Mondorf.

- In Zeiten zunehmender Verkehrs- und Pendlerströme sollte die Niederkassler Stadtbahn so schnell wie möglich umgesetzt werden. Außerdem müssen weitere Park-&-Ride-Kapazitäten und Mobilstationen sowie eine direkte Busanbindung des Gewerbegebietes geprüft und realisiert werden. Die neue Rheinquerung A 553 befindet sich in der Planung und soll im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Entlastung für die vorhandenen Rheinquerungen darstellen.

### **Wohnraum: Steigenden Bedarf decken**

Die Region wächst, und auch für die kommenden Jahre ist mit einer weiteren Zunahme der Bevölkerung zu rechnen. Dies können die Großstädte am Rhein nicht alleine bewältigen.

■ Die Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten in Ranzel und Rheidt ist abgeschlossen. Um Fachkräften bezahlbaren Wohnraum bieten zu können, sollten, parallel zu der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten, auch Wohngebiete ausgewiesen werden.

### **Ausbau von Gewerbegebieten vorantreiben**

Zur Weiterentwicklung bestehender Betriebe und zur Ansiedlung neuer Unternehmen sind zusätzliche Flächen erforderlich. Im Fokus steht dabei vorhandene Gebiete zu stärken, den Glasfaserausbau fortzusetzen und die Infrastruktur zu verbessern.

■ Der Ausbau der bestehenden Gewerbegebiete sollte vorangetrieben und wenn möglich durch interkommunale Kooperationen ergänzt werden.

## Kinderbetreuung sichern

Auch in Zeiten zurückgehender Nachfrage muss das Angebot zur Kinderbetreuung in allen Altersklassen flächendeckend verfügbar bleiben und die Erwartungen der betroffenen Eltern und Arbeitnehmer abdecken.

- Die Schließung und Verkleinerung von Einrichtungen darf nicht zu Lasten der Betreuungsmöglichkeiten gehen. Eltern brauchen weiterhin eine verlässliche Betreuung, um auf dem Arbeitsmarkt im gewünschten Umfang tätig werden zu können.

## Austausch intensivieren

Von Seiten der Stadt und Wirtschaftsförderung gibt es derzeit einige Veranstaltungsformate, die für einen regelmäßigen Austausch mit Unternehmen, Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer sorgen.

- Der Austausch sollte fortgesetzt und weiter verstärkt werden.

# 14. Rheinbach

## Bevölkerungsstruktur

- **Herausforderung:** Alternde Bevölkerung und Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials
- **Empfehlungen:**
  1. Entwicklung von Strategien zur Förderung von Zuzug und Ansiedlung junger Familien (zum Beispiel durch erschwingliche Wohnbauflächen und attraktives Freizeitangebot)
  2. Ausbau der Mehrsprachigkeit und Internationalität, um Fachkräfte und Talente aus anderen Regionen und Ländern anzuziehen
  3. Unterstützung von Initiativen zur besseren Integration und Qualifikation von Migranten
  4. Versorgungssituation verbessern (Pflegeplätze/Kita-Plätze/OGS-Plätze)

## Arbeitsmarkt

- **Herausforderung:** Fachkräftemangel, insbesondere bei hochqualifizierten und mittleren Qualifikationsniveaus
- **Empfehlungen:**
  1. Förderung dualer Ausbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
  2. Einführung gezielter Weiterbildungsprogramme für bestehende Arbeitskräfte, insbesondere im digitalen Bereich
  3. Attraktivitätssteigerung des Standorts durch Wohn- und Arbeitsanreize für hochqualifizierte Fachkräfte (zum Beispiel durch flexibles Arbeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen)
  4. Anerkennungsverfahren beschleunigen

## Qualität der Verwaltung

- **Herausforderung:** Kritik an mangelnder Effizienz und Kooperationsbereitschaft der öffentlichen Verwaltung
- **Empfehlungen:**
  1. Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten (zum Beispiel Online-Baugenehmigungen)
  2. Aufbau einer zentralen Ansprechstelle für Unternehmen („One-Stop-Shop“), um Verwaltungswege zu vereinfachen
  3. Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur zügigen Flächenentwicklung
  4. Bürokratieabbau

## Infrastruktur und Standortentwicklung

- Empfehlungen:
- **Mobilität:** Entwicklung eines integrierten Mobilitätsplans inklusive Ausbau von P&R-Plätzen und Anbindung an den ÖPNV
- **Digitale Infrastruktur:** Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet (Glasfaser)
- **Gewerbeflächen:** aktive Bodenbevorratungspolitik und konsequente Nachverdichtung bestehender Gewerbegebiete
- **Interkommunale Zusammenarbeit:** Vertiefung der Kooperation mit Nachbarkommunen, insbesondere bei Gewerbeansiedlungen und Infrastrukturprojekten

## Branchenübergreifende Empfehlungen

- **Energie und Nachhaltigkeit:** Senkung der Energiekosten durch Ausbau erneuerbarer Energien und Förderung energieeffizienter Betriebsgebäude. Dabei den Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Machbarkeit nicht aus den Augen verlieren.
- **Förderung des Einzelhandels:** Stärkung der Innenstädte durch Events, bessere Parkmöglichkeiten und digitale Plattformen für den Handel
- **Bildungslandschaft:** Enge Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen zur Steigerung der Ausbildungsreife von Schülern

# 15. Ruppichteroth

## Haushalt und Steuern

Der Haushalt der Stadt ist fortlaufend überlastet. Ein Haushaltsausgleich kann nur über eine Aufgabenkritik, entsprechende Kürzungen und eine ordentliche Finanzierung durch das Land erzielt werden. Steuererhöhungen schaden der Wirtschaft. Die unterschiedlichen Hebesätze der Grundsteuer für Wohn- und Nichtwohngebäude belasten die Unternehmen.

- Hebesätze für Nichtwohngebäude senken
- Alle Einsparpotenziale im Haushalt nutzen und sich beim Land weiter für eine auskömmliche Finanzierung der bestellten Leistungen einsetzen

## **Verkehrssituation entlasten**

Die Brölstraße ist in den Hauptverkehrszeiten stark belastet und anfällig bei Baustellen oder Unfällen. Sie dient als Ersatzroute für die A 4, die ebenfalls durch zahlreiche anstehende Brückensanierungen überlastet ist. Die Siegbücke bei Hennef-Allner ist immer öfter das entscheidende Nadelöhr.

- Um die Verkehrssituation zu entlasten, muss die ÖPNV-Anbindung weiter gestärkt werden. Gerade für Berufspendler und Auszubildende sind Schnellbuslinien zu den Siegbahnhöfen wichtig.
- Für die Verbesserung der Mobilität wurde in fünf Kommunen eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse müssen jetzt in ein gemeinsames Mobilitätskonzept einfließen und umgesetzt werden.

## **Standort stärken**

Mit der Eröffnung der Denkschmiede Winterscheid im Rahmen der Regionale 2025 stehen jetzt auch in Ruppichteroth moderne Arbeitsplätze sowie Event- und Meetingräume zur Verfügung. Ziel ist die Stärkung der Vernetzung, der Digitalisierung und der Innovationskraft.

- Die Räumlichkeiten müssen jetzt auch mit Leben und Veranstaltungen gefüllt werden.
- Durch den geplanten Bau eines Windparks könnten Gewerbesteuereinnahmen generiert und die Stromversorgung der Region verbessert werden.

## **Interkommunales Gewerbegebiet umsetzen**

Die Gewerbeflächen in Ruppichteroth sind knapp. Dies liegt zum einen an der Topografie und den bestehenden Landschaftsschutzgebieten, zum anderen daran, dass die verbleibenden Flächen sich fast ausschließlich in privater Hand befinden.

- Die Situation könnte sich durch ein interkommunales Gewerbegebiet verbessern. Darüber hinaus sollte die Gemeinde weiterhin intensiv an der Machbarkeitsstudie für die Erweiterung des Gewerbegebietes Ruppichteroth-Nord arbeiten und deren Umsetzung forcieren.

## **Wirtschaftsförderung stärken**

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung haben sich lange Zeit Bürgermeister und Kämmerer geteilt.

- Die Stelle eines Wirtschaftsförderers sollte möglichst bald und in Vollzeit besetzt werden. Dies könnte neue Impulse für die Wirtschaft vor Ort bringen und auch die Kooperation mit den Nachbargemeinden verbessern.

## **Tourismus und Hotellerie beleben**

Die gastronomischen Angebote werden immer weniger, und für Geschäftsreisende und Kurzzeittouristen fehlen Übernachtungsmöglichkeiten.

- Ein zusätzliches Hotel könnte hier neue Möglichkeiten eröffnen. Zudem sollte der Tourismus gefördert und die Region weiterhin gemeinsam vermarktet werden.

# 16. Sankt Augustin

## Wirtschafts- und Hochschulstandort

Die Stadt Sankt Augustin hat über 58.000 Einwohner. Sie ist als Wirtschaftsstandort geprägt von Industrie, IT, Logistik und Dienstleistungen. Die Hochschule wächst beständig und hat eine Anziehungskraft weit über die Region hinaus.

## Neues Zentrum

Der Umbau des Einkaufszentrums „huma Shoppingwelt“ ist das sichtbare Zeichen für signifikante Veränderungen in der Stadt:

- Zentrumsfunktion, neuer Mittelpunkt in Sankt Augustin
- steigende Umsätze, Arbeitsplätze
- Anziehungskraft in die Region und darüber hinaus
- Freiflächen im direkten Umfeld sollten einer höherwertigen Nutzung zugeführt werden.
- Haltestellen an der Linie 66 könnten aufgewertet und zusätzliche P&R-Plätze und Mobilstationen geschaffen werden.

## Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung

Die Stadt Sankt Augustin ist mit dem RAL-Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ zertifiziert. Dazu gehören zum Beispiel diese Qualitätsanforderungen:

- Besprechungen bei Unternehmen innerhalb von fünf Arbeitstagen, Bearbeitung von Baugenehmigungsanträgen in 40 Arbeitstagen
- Reaktion auf Flächenanfragen innerhalb von fünf Arbeitstagen
- Fortführen und auf weitere Dienstleistungen ausbauen

## Gewerbeflächen

Die Stadt und die stadteigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Sankt Augustin mbH hat noch Flächenpotenziale von über 100.000 Quadratmetern, darunter der Butterberg/Wissenschafts- und Gründerpark mit rund 12.000 Quadratmetern. Ein Schwerpunkt liegt hier beim Stadtentwicklungskonzept mit der Stärkung des Stadtleitbilds „WissensstadtPLUS“ (Fraunhofer-Institute, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, zum Beispiel mit Projekten zur Künstlichen Intelligenz und zur Cyber-Sicherheit).

- Flächenpotenziale nutzen und Ansiedlungen ermöglichen und unterstützen

## Finanzsituation

Eine Herausforderung für die Stadt Sankt Augustin ist – wie für viele andere Kommunen auch – die angespannte Haushaltssituation.

Forderungen:

- Investitionen werden auf das Notwendigste gerichtet.
- Bei freiwilligen Leistungen werden Prioritäten gesetzt.

- Verwaltungsabläufe werden optimiert.
- Unternehmensansiedlungen werden weiter fokussiert.

## 17. Siegburg

### Steuerentlastung für Unternehmen anstreben

Die Stadt Siegburg liegt sowohl mit ihrem aktuellen Gewerbesteuerhebesatz (515 Prozent) als auch bei der Grundsteuer B (790 Prozent) im Mittelfeld der Städte und Gemeinden im IHK-Bezirk Bonn/Rhein-Sieg. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde seit 2011 nicht mehr erhöht, die Grundsteuer B ist seit 2015 konstant. Auf der Basis einer dauerhaften Haushaltsstabilität konnten seit 2019 kontinuierlich positive Ergebnisse der Jahresabschlüsse erzielt werden. Zudem zeichnet sich der Standort Siegburg durch Investitionen in zukunftsweisende Projekte aus, etwa den BCN Bildungscampus Neuenhof und das Freizeitbad Oktopus.

Die Konsolidierung des Haushalts ist positiv zu bewerten. Auch die für die Jahre 2025 bis 2027 geplanten Investitionen kommen indirekt den Siegburger Gewerbebetrieben zugute.

- Die Steuersätze sollten wettbewerbsfähig bleiben.

### Pläne für Einzelhandel umsetzen

Siegburg hat sich trotz wachsendem Onlinehandel als bedeutender Einzelhandelsstandort mit einer überragenden Strahlkraft in die Region behauptet. Bezüglich der Möglichkeiten, die attraktive Einkaufsstadt sinnvoll mit der digitalen Welt zu verknüpfen, gibt es gute Ansätze. Die Stadt hat ihr Einzelhandelskonzept überarbeitet. Für den im Januar 2024 geschlossenen Galeria-Kaufhof-Standort hat die Stadt Siegburg eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und mögliche Nutzungskonzepte vorgestellt. Zusätzlich betreibt die Stadt seit 2024 ein Leerstandsmanagement, welches zweimal jährlich die leeren Einzelhandelsflächen eruiert. Insgesamt ist die Einzelhandelsfläche rückgängig. Ab 2025 startet in der Siegburger Innenstadt eine Frequenzmessung. Siegburger Einzelhändler können am „Siegburg-Gutschein“ teilnehmen und so Kaufkraft in der Region halten.

- Die durch Digitalisierung möglichen zusätzlichen Informationswege und Serviceangebote sollen auf den Grad der Attraktivitätssteigerung hin geprüft und sinnvoll genutzt werden. Attraktive gastronomische Angebote sollen den Einzelhandel als weiterer Magnet ergänzen.

### Transportlogistik optimieren

Siegburg ist als bedeutender Einzelhandelsstandort abhängig von der pünktlichen Anlieferung der benötigten Waren. Die durch das Transportaufkommen entstehenden innerstädtischen Verkehrsstaus belasten das Image einer kundenfreundlichen Einkaufsstadt. Durch die Einrichtung eines dynamischen Parkleitsystems wurde die Erreichbarkeit der Stadt für den Individualverkehr deutlich vereinfacht.

Der motorisierte Individualverkehr wird durch ausgesprochen vielfältige Carsharing-Möglichkeiten ergänzt. Mehrere Carsharing-Anbieter bieten ihre Fahrzeuge in Siegburg an. Neben Pkws können im ganzen Stadtgebiet auch Fahrräder und Lastenfahrräder ausgeliehen werden. Ergänzend gibt es in Siegburg eine hohe Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge.

- Die Stadt muss Möglichkeiten zur Optimierung der Verkehrsflüsse prüfen und nach Möglichkeit umsetzen. Das in der Kaiserstraße noch frei befahrbare Straßenstück zwischen der Fußgängerzone sollte in die Fußgängerzone integriert und somit autofrei werden.

## **ICE-Halt ausbauen und Anbindung nach Bonn verbessern**

Es gab in den vergangenen Jahren immer wieder Bestrebungen der DB, die Halte von Fernzügen in Siegburg zu reduzieren oder kürzere Züge einzusetzen. Zudem klagen viele Pendler immer häufiger über Schwierigkeiten bei der wichtigen Stadtbahn-Linie 66, die den ICE-Bahnhof direkt mit Bonn verbindet: Züge fallen aus, haben große Verspätungen oder sind überfüllt.

- Die Zahl der ICE-Halte in Siegburg muss mindestens erhalten, besser jedoch ausgebaut werden. Zudem muss die Anbindung an die Bundesstadt Bonn mit der Stadtbahn-Linie 66/67 verbessert werden. Der Ausbau der Radpendelrouten in die Bundesstadt Bonn muss umgesetzt werden.

## **18. Swisttal**

### **Handel und Gewerbe weiterentwickeln**

Vor allem an den Ortsrändern sind - unter Berücksichtigung des im „Einzelhandelskonzeptes für die Gemeinde Swisttal“ definierten zentralen Versorgungsbereiche - in den vergangenen Jahren große Verbrauchermärkte entstanden; zuletzt in Heimerzheim und Odendorf. Dies sichert die langfristige Versorgung der Bewohner mit zeitgemäßen Einzelhandelsformaten, die hier die passenden Flächen finden. Dadurch und durch die Auswirkungen der Flut in Heimerzheim und Odendorf hat sich der Druck auf den Einzelhandel in den Ortszentren verschärft. Ferner wurden in Buschhoven und Morenhoven Erweiterungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Die innerörtliche Versorgung der Bewohner wird schwieriger; insbesondere für ältere, weniger mobile Menschen.

- Das Neben- und Miteinander an den Ortsrändern und in den Ortszentren gilt es zu bewahren bzw. die Ortszentren zu stärken, um weiterhin attraktiv als Wohnstandorte zu bleiben. Während die Kommune beim Einzelhandel sich gut entwickelt hat (mit Abstrichen in Buschhoven), besteht noch großes Potenzial bei zusätzlichen Gewerbeflächen. Der Regionalplan sieht eine Erweiterung der Gewerbeflächen in Heimerzheim nur dann vor, wenn eine Kooperation mit anderen Kommunen zustande kommt. Eine Fläche in Heimerzheim könnte als interkommunales Gebiet z.B. mit der Bundesstadt Bonn weiterentwickelt werden. In Odendorf sind Flächen angekauft worden. Hier gilt es auf nachhaltige Aspekte zu achten (Photovoltaik, Grünflächen etc.).

### **Infrastruktur ausbauen**

Die A 61 ist mit der Auffahrt Miel nur nach Norden angeschlossen. Die Ortsumfahrung Miel samt Vollanschluss an die A 61 lässt immer noch auf sich warten. Ein Vollanschluss und eine damit einhergehende weitere Verbesserung des bestehenden Lärmschutzes würde den Ort Miel entlasten und käme auch den Unternehmen im Gewerbegebiet Odendorf sowie dessen Vermarktung zugute.

Swisttal ist über den Haltepunkt in Odendorf an das Netz der Deutschen Bahn angeschlossen. Die Orte in der Gemeinde sind darüber hinaus auf den Busverkehr angewiesen mit Buslinien nach Bonn, Rheinbach und Euskirchen.

■ Da Swisttal zum Einzugsbereich Bonn – Köln – Euskirchen gehört, ist eine attraktive ÖPNV-Verbindung für die Gesamtentwicklung notwendig. Die notwendige Elektrifizierung der DB-Strecke Euskirchen – Bonn stockt und soll bis 2028 geschoben werden. Während der Bauarbeiten und erwarteter Streckensperrungen müssen leistungsstarke Ersatzverkehre eingerichtet werden. Die Busverbindungen zwischen Heimerzheim und Bonn sowie über Weilerswist nach Köln müssen intensiviert werden. Um für alle Bewohner eine ständige Alternative zum Auto darzustellen, sollte der ÖPNV weiterentwickelt werden. Dies betrifft vor allem weitere Taktverdichtungen und eine attraktivere Preisgestaltung.

Die Einführung einer schnellen und häufigen Taktung der Verbindung Bonn- Buschhoven-Heimerzheim-Weilerswist wäre wichtig, damit der ÖPNV auch für Arbeitnehmer/innen attraktiver wird (sowohl für die Ein-als auch für die Auspendler). Über Weilerswist könnten diese dann die Bahn nach Köln nutzen. Eine schnellere Taktung nach Bornheim wäre auch hilfreich. Eine Verbesserung des Anschlusses nach Köln könnte über Schnellbusse an den Bahnhof Weilerswist erfolgen – von Bonn - Buschhoven über Heimerzheim.

## **Wiederaufbau nach der Flut vorantreiben**

Die Gemeinde war mit den meisten der zehn Ortschaften stark von der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe 2021 betroffen u.a. mit zwei der drei Hauptorte Heimerzheim und Odendorf. In den Geschäftslagen der Ortskerne - vor allem in Heimerzheim – hat sich ein Wandel vollzogen und einige etablierte Geschäfte (Bäckerei, Schreibwaren) sind verschwunden. Die Geschäftspolitik der Banken und Sparkassen führt dazu, dass Filialen geschlossen werden und durch Automaten ersetzt werden. (Raiffeisenbank, Volksbank, Sparkasse Köln).

Der Wiederaufbau kommt zum einen nur schleppend voran, zum Anderen belastet er den kommunalen Haushalt. Im Ortskern von Heimerzheim sind immer noch viele Geschäfte nicht an das Festnetz (Kommunikation) angeschlossen und der Breitbandausbau verläuft sehr schleppend.

Die Umsetzung der neuen Hochwasserkarten lassen starke Einschränkungen im Planungs-/Baurecht in Swisttal erwarten.

■ Der geringeren Laufkundschaft in den Ortszentren stehen eine hohe Kaufkraft und angemessene Angebote auf der grünen Wiese gegenüber. Politik und Verwaltung sollten die innerörtliche Versorgung in Heimerzheim, Odendorf und Buschhoven stärken, da die Versorgung unbefriedigend vor allem für ältere Bürger/innen ist.

## **Haushalt nicht durch Gewerbesteuererhöhungen ausgleichen**

Der Swisttaler Haushalt für das Jahr 2025 weist im Entwurf ein Defizit von über acht Millionen Euro auf. Zum Haushaltsausgleich wird der Hebesatz für die Grundsteuer B von 750 Punkten (ohne Straßenreinigung) auf 810 Punkte erhöht (inklusive zehn Prozentpunkten für die Straßenreinigung). Die Gewerbesteuer bleibt (noch) stabil bei 520 Prozentpunkten. Durch weitere Großprojekte wie etwa die Schulneubauten in Heimerzheim werden die Haushaltsdefizite in den kommenden Jahren steigen, so dass weitere erhebliche Steuererhöhungen eingeplant sind. Damit liegen die Steuersätze bereits heute erheblich über dem Landesdurchschnitt und bedeuten erhebliche Nachteile im Standortwettbewerb.

■ Mittelfristig will die Politik mehr Gewerbeflächen ausweisen, um das Gesamtvolumen an Gewerbesteuer zu erhöhen, obwohl der Regionalplan keine neuen Flächen ausweist. Bei weiteren Erhöhungen der Gewerbesteuer besteht die Gefahr, dass Swisttaler Betriebe insbesondere in das benachbarte Euskirchen abwandern, wo eine geringere Gewerbe- und Grundsteuer verlangt wird und eine gutausgebaute Infrastruktur angeboten wird. Deshalb gilt es den Gemeindehaushalt zu konsolidieren und Projekte zu priorisieren.

Die Politik hat die Unternehmen im Blick. Trotzdem sind durch die kostenintensiven Projekte wie Schulneubauten Steuererhöhungen geplant. Die Unternehmen profitieren aber auch von einer attraktiven Schullandschaft. Fachkräfte werden ausgebildet und gebunden; für Familien ist es attraktiv in Swisttal zu wohnen – solange es nicht zu teuer wird. Es stellt sich die Frage, ob Swisttal sich die erheblichen Investitionen in Schulbauten leisten kann oder ob auch hier eine interkommunale Zusammenarbeit geboten ist.

Generell müssen das Land und der Bund die Kommunen finanziell besser ausstatten.

- Das Projekt „Grüne Mine“ sollte unterstützt werden, da es den Standort stärken könnte und das System der Kreislaufwirtschaft verbessern würde. Hierzu sollten alle beteiligten Akteure Hand in Hand arbeiten.

## 19. Troisdorf

### Innenstadt

Handel und Gewerbe sind wichtige Voraussetzungen für die Attraktivität und Kultur der (Innen-)Städte. Das gilt auch für Troisdorf. Lehrstände in den Ladenlokalen sind längst Sinnbild eines sich verändernden Kaufverhaltens der Kunden, ausgehend von einem zunehmenden Abdriften in die Online-Alternativen. Bisweilen sind (kleinteilige) Zuschnitte der Flächen zusätzlich hinderlich.

- Es ist wichtig, alternative Nutzungskonzepte zu entwickeln, um Flächen im Einklang mit den Objekt-Eigentümern bedarfsgerecht umzugestalten. Marketingmaßnahmen und Events, die Gewerbetreibende und Innenstadtbesucher zusammenbringen, leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Nötig ist dazu ein funktionierendes Netzwerk zwischen allen Beteiligten vor Ort, um Botschaften und Zeitpunkte kurzfristig gemeinsam zu entwickeln, zu finanzieren und zu kommunizieren. Dies betrifft den Dialog mit Eigentümern leerstehender Flächen ebenso wie mit Entwicklern innovativer neuer Themen und Verkaufswege. Die hierzu alternative Strategie, Gewerbeflächen auch in Wohnraum umzuwandeln, darf dabei nicht außer Acht lassen, die Wirtschaft durch Erhalt von Gewerbe in der Innenstadt zu stärken. So gilt es, Troisdorf als einen lebendigen und zukunftsfähigen Standort für Handel, Gastronomie und Freizeit in die Zukunft hinein auszurichten.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine nachhaltige regionale Entwicklung wird aktuell durch den Bau des europäischen Innovationszentrums der DHL forciert, welches noch 2025 bezogen werden soll. Ende 2024 erfolgte zudem der erste Spatenstich für das klimafreundliche „Kronenquartier“ in der Kronenstraße mit einer Mischung aus Gewerbe, Wohnen und Freizeitaktivitäten. Für positive Impulse sorgen könnte auch das multifunktionale Projekt an der Mülheimer Straße, wo sich neben Büroräumen, Wohnflächen und Gewerbe in naher Zukunft auch der Sport mit einer Indoor-Sporthalle ansiedeln wird.

Schlagzeilen machte in den vergangenen beiden Jahren die Diskussion darüber, ob Flächen auf dem bisherigen Dynamit-Nobel-Gelände genutzt werden könnten, um Wohnungen und

zivile Industrie dort anzusiedeln. Inzwischen wurden allerdings Fakten geschaffen: Die Flächen wurden an das Rüstungsunternehmen Diehl Defence verkauft.

- Attraktivität für Handel und Gewerbe nachhaltig gestalten und ausbauen
- Dialog dafür regional forcieren, lösungsorientiert moderieren sowie Förderungen publizieren und bekannter machen

## **Mobilität**

Wesentliche Teile des Flughafens Köln/Bonn liegen auf Troisdorfer Stadtgebiet. Alle zehn Minuten fährt eine S-Bahn von und nach Köln. An einer besseren Verbindung nach Bonn arbeitet die Bahn seit längerem (S 13). . Voraussichtlich im Dezember 2026 soll die Anzahl an Verbindungen zwischen Troisdorf und Bonn-Beuel verdoppelt werden. Für Pendler bedeutet dies in naher Zukunft einen 20-Minuten-Takt auf diesem wichtigen Abschnitt. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist derzeit in Aufbau, bis in den Sommer 2026 hinein sollen laut einer Pressemitteilung der DB vom Juli 2024 insgesamt 21 von 26 Brücken ausgebaut sein. Im Sommer 2026 wird dann die Strecke Troisdorf-Wiesbaden gesperrt. Während der auf fünf Monate angesetzten Generalsanierung der rechten Rheinstrecke sollen allein auf nordrhein-westfälischem Gebiet mehr als 15.000 Meter Gleis erneuern, über 50 Weichen ausgetauscht, auf 16.000 Metern die Oberleitung gewechselt und die Bahnhöfe entlang der Strecke modernisiert werden. Zusätzlich will die Bahn während der Sperrung die gesamte Strecke mit moderner Leit- und Sicherungstechnik ausstatten.

- Für die zu erwartenden Einschränkungen ist die Bahn gehalten, gemeinsam mit Nahverkehrsanbietern Alternativkonzepte zu erarbeiten, die tragfähig sind, die Belastungen für die Reisenden und Pendler so gering wie möglich zu halten.

Die Kombination aus Bahnhof, Busbahnhof und Parkhaus bietet den Verkehrsteilnehmern in Troisdorf gute Optionen, gleichzeitig fördert die Stadt Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Klimaanpassung für Privatleute und für Betriebe. Ideen, wie Mobilitätstationen zum Umstieg von Pkw auf ÖPNV, Bike-Car-Sharing, Verleihsysteme für Fahrräder und E-Scooter, zählen dazu. Außerdem ist die Verbesserung der Radpendlerverbindungen nach Bonn und Köln sowie in die kleineren Nachbarkommunen nach wie vor ein Ziel.

- Ausbau der S 13 konsequent in der Entwicklung begleiten und Mehrwerte für Zielgruppen kommunizieren
- Möglichkeiten für Radfahrer weiter ausbauen

## **Interkommunale Zusammenarbeit**

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt die Initiative der Stadt Troisdorf zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Region, um die wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur zu fördern. Die Stadt und das benachbarte Niederkassel planen aktuell eine interkommunale Gewerbegebietserweiterung.

- Forcierung des Austausches untereinander für gemeinsame Initiativen zum Infrastrukturausbau

## 20. Wachtberg

### **Anreize zum Umstieg schaffen durch eine Schnellbuslinie, P&R-Anlagen und Mobilstationen**

Die Gemeinde Wachtberg hat das Nahverkehrsangebot in den vergangenen Jahren nicht nur ausgebaut und im Takt verdichtet, auch die Umsetzung der Barrierefreiheit ist weiter vorangeschritten. Damit hat die Gemeinde das ÖPNV-Angebot für alle Bürger verbessert. Es soll außerdem die Schnellbuslinie L158 eingeführt werden, die eine direkte und schnelle Verbindung zwischen Bad Godesberg und Meckenheim mit zwei Halten in Wachtberg bietet. Dadurch wird die Fahrzeit mit dem Bus verkürzt und eine attraktivere Alternative zum motorisierten Individualverkehr für Pendler geboten. Für Wachtberg bedeutet dies eine bessere Anbindung an Bonn und Meckenheim. Die Gemeinde Wachtberg prüft außerdem bereits die Möglichkeiten für Park-&-Ride-Anlagen. Außerdem plant sie, Mobilstationen zu errichten, um verschiedene Alternativen zum privaten Pkw miteinander zu verknüpfen und so den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel zu erleichtern.

- Die Schnellbuslinie ist ein vielversprechendes Projekt und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden, sodass Pendler zeitnah das neue Angebot nutzen können. Park-&-Ride-Parkplätze in der Nähe von Bushaltestellen ermöglichen den Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV. Deren Einrichtung sollte an geeigneten Stellen im Gemeindegebiet geprüft und umgesetzt werden. Gleiches gilt für die geplanten Mobilstationen, die mehrere Mobilitätsalternativen zum privaten Pkw bündeln.

### **Verkehrswege: Straßensanierung und Radwegeausbau wirtschaftsfreundlich umsetzen**

Die Gemeinde Wachtberg plant die Sanierung einiger wichtiger Straßen, unter anderem des Zukunftswegs und eines Abschnitts der K58. Die Instandhaltung und Verbesserung von Straßen sind wichtig, um einen reibungslosen und sicheren Verkehrsfluss aufrechtzuerhalten. Auch der Radwegeausbau schreitet voran und ist wichtig, damit Pendlern eine Alternative zum privaten Pkw geboten und der Anteil des Radverkehrs am Modal Split der Gemeinde erhöht wird.

- Die Straßensanierungen sollten zügig umgesetzt werden, um Missstände zu beheben. Dabei sollten die Bauarbeiten zeitlich aufeinander abgestimmt werden, um parallele Einschränkungen der Verkehrsinfrastruktur zu vermeiden. Wichtig ist eine frühzeitige Kommunikation der Einschränkungen.
- Auch der Ausbau der Radwege sollte vorangetrieben und im Zuge dessen die Schaffung von Bike-&-Ride-Anlagen geprüft werden. Zu einer unverhältnismäßigen Benachteiligung des Kfz-Verkehrs darf es durch den Radwegeausbau jedoch nicht kommen.

### **Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung: Wirtschaft vor Ort mitdenken und beteiligen**

Die Gemeinde Wachtberg stellt sich den Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen befindet sich die kommunale Wärmeplanung auf der Ziellinie. Zudem wird aktuell ein interkommunales

Klimaneutralitätskonzept gemeinsam mit den übrigen fünf linksrheinischen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises – Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach und Swisttal – erarbeitet. Auch ein Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels wurde interkommunal entwickelt. Die nächsten Schritte bestehen darin, die in den Konzepten aufgeführten Maßnahmen umzusetzen.

- Es ist wichtig, dass die Gemeinde Wachtberg Maßnahmen in vielfältigen Handlungsbereichen umsetzt, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Bei diesen Prozessen sollte auch die Wirtschaft berücksichtigt und beteiligt werden, um Veränderungen wirtschaftsfreundlich umzusetzen. Dabei sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vor Ort und der Wohlstand der Bevölkerung im Blick behalten werden.

## 21. Windeck

### **Mobilität und Verkehr: Wechsel auf ÖPNV erleichtern**

Windeck gilt als Mobilitätsdrehscheibe ins Rheinland, ins Oberbergische, nach Rheinland-Pfalz und ins Siegtal. Entsprechend wohnen in der Gemeinde auch immer mehr Auspendler. Mit der Mobilstation in Schladern wird der Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV erleichtert. Auch eine Vielzahl von zusätzlichen Services, darunter Leihräder und Carsharing, stehen bereit. Die Errichtung eines Parkhauses mit P&R-Plätzen ist geplant.

- Die infrastrukturellen Bedingungen, zum Beispiel P&R-Parkplätze an den Bahnhöfen, müssen weiter verbessert werden.
- Auf die Agenda gehört außerdem eine bessere Taktung der S-Bahnen.

### **Fachkräfte: Vereinbarkeit verbessern**

Um es mehr Menschen zu ermöglichen, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen oder diese auszuweiten, müssen die entsprechenden Betreuungsangebote für Kinder zur Verfügung stehen. Oftmals fehlen Angebote für verschiedene Altersgruppen oder in den Randzeiten.

- Die Angebote für die Betreuung von Kleinkindern müssen ausgebaut werden und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und Unternehmen angepasst werden.
- Auch für Schulkinder muss es mehr qualifizierte Betreuungsangebote geben.

### **Gastronomie und Tourismus: Angebote erhalten und ausbauen**

Windeck liegt in einer reizvollen Region mit attraktiven Zielen für Touristen. Zudem ziehen die ansässigen Unternehmen internationale Kunden und Geschäftsreisende an. Deren ortsnahe Unterbringung und Verpflegung gestaltet sich zunehmend schwierig. Durch eingeschränkte Öffnungszeiten stehen für Gäste zeitweise keine adäquaten Angebote zur Verfügung.

- Das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten und das gastronomische Angebot sollten ausgebaut werden.

- Ziel muss es sein, die Attraktivität der Region weiter zu steigern und den Tourismus weiter voranzubringen und entsprechend zu vermarkten.

## **Gewerbeflächen und Wohnen: Passende Flächen bereitstellen**

Junge Familien fragen verstärkt Wohnraum nach. Firmen benötigen ausreichend Gewerbeflächen.

- Den Familien sollten Flächen für verschiedene Wohnideen und -formen zur Verfügung gestellt werden. Ziel muss es sein, eine entsprechende Anbindung an die Bahnhöfe sicherzustellen, damit das Pendeln zum Arbeitsplatz mit ÖPNV attraktiver wird. Zudem bedarf es neuer, zukunftsfähiger Gewerbeflächen.

## **Breitbandausbau fortsetzen**

Die Gemeinde Windeck und die Westconnect GmbH haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die vorsieht, rund 7.100 Wohneinheiten und 2.200 Geschäftseinheiten flächendeckend an das Glasfasernetz anzuschließen.

- Ziel muss es weiterhin sein, einen lückenlosen Breitbandausbau für den Wohn- und Gewerbebereich auch in den verbleibenden Regionen zu sichern.